

6. Lokale Tiefenbohrungen: das Regieren der ›Mandelas‹

Eine Busstunde von den touristischen *landmarks* oder vier S-Bahnstationen vom Stadtzentrum entfernt, fanden sich in Rios industriell geprägter *Zona Norte* zu Beginn meiner ethnografischen Erhebungen im Complexo de Manguinhos die miteinander verflochtenen Favelas Nelson Mandela, Samora Machel, Mandela de Pedra, Mandela Nova und Samora II. Die fünf *comunidades*, in denen insgesamt ungefähr 10.000 Menschen lebten und die alltagssprachlich unter dem Sammelbegriff der ›Mandelas‹ firmierten, gehörten zu Manguinhos, einem Komplex aus 14 zusammengewachsenen Favelas mit offiziell circa 31.500 Bewohner:innen. Mit der Implementation des Urbanisierungsprogramms PAC begann sich ab 2009 die lokale urbane Landschaft erheblich zu transformieren. Zunächst wich Mandela Nova der Sozialwohnsiedlung Embratel, später wurden nach und nach auch Mandela de Pedra und Samora II abgerissen.

Manguinhos symbolisiert beispielhaft die Diversität und Komplexität jener urbanen Konfigurationen, die unter dem homogenisierenden, mit negativen Stereotypen assoziierten Begriff der Favela zusammengefasst werden. Die Geschichte und die Aktualität seiner 14 *comunidades* demonstrieren, dass Favelas keineswegs immer auf illegale Landbesetzungen, staatliche Abwesenheit oder irreguläre Formen der Urbanisierung zurückgehen. Zutreffend bringt Mariana Cavalcanti (2013: 207) diese vielschichtige Komplexität auf den Punkt: »So stellt sich Manguinhos nicht als eine Region heraus, in welcher der Staat abwesend ist, sondern als ein Ort, der über weiteste Strecken des 20. Jahrhunderts als wohnungspolitisches Laboratorium für die Versorgung einkommensschwacher Gruppen funktioniert hat.«

Im folgenden Kapitel fokussiere ich die im Verlauf von mehreren Jahrzehnten zum Complexo de Manguinhos favelisierte Stadtregion gleichsam in Form einer Tiefenbohrung. Dabei versuche ich, möglichst weit und aus möglichst diversen Perspektiven zu jenen Strukturen, Praktiken und Akteuren des Regierens vorzudringen, die das Entstehen, die Entwicklungsprozesse und die gegenwärtige Situation der fünf räumlich und organisatorisch zusammenhängenden Mandela-Gemeinden geprägt haben. Eingeleitet habe ich dieses Forschungsvorhaben nach einem ersten Besuch des Areals im Jahr 2005, seine empirischen Erhebungen fan-

den in mehreren Etappen zwischen 2010 und 2016 statt. Bezogen auf Fragen des Regierens ist dieser Zeitabschnitt in zwei Phasen zu unterscheiden: Bis zur Invasion der fünf Gemeinden durch Truppen des Militärs und der Polizei im Oktober 2012 kontrollierte der lokale Boss des *Comando Vermelho* das Territorium, danach übernahm eine neu installierte Einheit der ›Befriedungspolizei‹ (UPP) die lokale Herrschaft. Während des gesamten Recherchezeitraums allerdings dominierte und transformierte das gigantische Urbanisierungsprogramm PAC die lokalen Machtstrukturen und Prozesse des Regierens.

6.1 Favela oder wohnungspolitisches Labor? Die Geschichte des Complexo de Mangueiros

Mangueiros' bebaubare Flächen entstanden unweit des Hafens durch die Ablagerung von Müll und Schutt in einem Mangrovenwald am Rande der Guanabara-Bucht. Vor über einem Jahrhundert ermöglichte dort die Parzellierung eines die Stadt mit Lebensmitteln versorgenden Bauernhofs, der auf dem einzigen Hügel des ansonsten flachen, von mehreren Wasserläufen durchzogenen Landstrichs gelegen war, eine erste Welle der Besiedlung. Überwiegend waren es aus Portugal eingewanderte Ansässige anderer Gegenden von Rio, die einen ersten Teil des Areals urbanisierten und es Parque Oswaldo Cruz nannten. Nebenan konsolidierten sich in den 1940er Jahren inmitten der Mangroven aufgestellte Holzhütten zur Varginha als der damals einzigen *comunidade*, die aus einer Landbesetzung entstand. In den 1950ern verdichteten schließlich Wohnkomplexe, die der Staat oder Stiftungen wie die katholische *Leão XIII* (vgl. Kap. 2.1) in einfachster Bauweise konstruierten, die bis dahin nur extensiv urbanisierte Gegend. Die noch heute existierende *comunidade* CHP-2 entstand beispielsweise aus dem *Conjunto Mangueiros*, einer in Form von eng aneinander stehenden Holzhütten provisorisch errichteten staatlichen Siedlung (*Centro de Habitação Provisória*, CHP). Solche weiterentwickelten *parques proletários* (vgl. Kap. 2.1) sollten anderswo Vertriebenen vorübergehend Zuflucht gewähren. Viele von ihnen hatten durch den spekulationsbedingten Abriss von Favelas in der Südzone ihr Obdach verloren und waren zu arm, um sich selbst eine neue Behausung organisieren zu können.

Die benachbarte *comunidade* Vila União wiederum symbolisiert die »Politik der Regierungen Vargas und Juscelino [Kubitschek, SL], die die Wohnversorgung einer bestimmten Klientel als vom Staat zu übernehmende soziale Frage ansahen« (Fernandes/Costa 2009: 143). Eine ihrer drei Siedlungen, der *Conjunto Residencial de Benfica*, versorgte aus dem Zweiten Weltkrieg zurückkehrende Soldaten mit Wohnraum. Noch heute ist diese Gegend in Mangueiros als *Ex-Combatentes* (dt. ehemalige Kämpfer) bekannt.

Die unterschiedlichen Ursprünge und Bautypen dieser Siedlungen ließen sich noch Jahrzehnte später an verbliebenen Fragmenten der originalen Materialien, Fassaden, Fenster oder Gebäudetypen ablesen, obwohl seither mehrere Informalisierungswellen die ursprünglichen Häuser durch verwinkelte Anbauten und oft mehrgeschossige Aufstockungen erweitert, dazwischenliegende Freiräume und angrenzende Brachflächen bebaut und so das Areal radikal verdichtet hatten.

Beginnend mit der Installation von Brasiliens Post- und Telegrafienwerk (*Departamento de Correios e Telégrafos*) im Jahr 1942 entwickelte sich die Gegend um Manguinhos zu einem schwerindustriellen Cluster. Mit der *Refinaria de Petróleos de Manguinhos S.A.* etablierte sich 1954 eine Raffinerie, später entstanden viele weitere Industriebetriebe, darunter etwa eine Zigarren- und eine Milchfabrik. Noch 1982 startete das später an die ›Mandelas‹ angrenzende Telekommunikationsunternehmen Embratel seinen Betrieb (vgl. Fernandes/Costa 2009). Die räumliche Nähe zu diesen Fabriken, die Abertausend Arbeiter:innen beschäftigten, der Mangel an bezahlbarem Wohnraum anderswo sowie die Verfügbarkeit großer Flächen verwandelten Manguinhos in einen Hotspot irregulärer Verdichtungen, Arrondierungen, Aufstockungen oder Anbauten aller Art. Es entwickelte sich zu einem durch selbstkonstruierte Behausungen und Infrastrukturen dicht urbanisierten Ort, dessen Organisation die Bewohnerschaftsvereine und später die Drogenbosse übernahmen – kurz, zu einer Favela.

Die unmittelbare Nachbarschaft von Fabriken, die zahlreiche Schadstoffe emittierten, bildete nicht nur den Ursprung von Manguinhos' rapider Urbanisierung, sondern begründete auch einige seiner größten Probleme und seinen späteren sozialen Niedergang. Die Soziologin Lea Rekow (2016: 16) bringt die miteinander verflochtenen Indikatoren, die Manguinhos seit den 1990er Jahren als eine der problematischsten Zonen der gesamten Metropolregion ausweisen, präzise auf den Punkt:

»Manguinhos ist heute von einer Reihe offener Abwasserkanäle, die einst als gesunde Flüsse blühten, und von einem Labyrinth verkehrsüberfluteter Autobahnen und Super-Autobahnen umgeben. Die Favelas liegen unter stromführenden Hochspannungsleitungen neben einer Hochbahnstrecke. Das Gebiet wird von Überschwemmungen, urbanen Abfällen und giftigen Schadstoffen geplagt. Die in Manguinhos lebenden Menschen und insbesondere die Jugend sind zahlreichen Umweltrisiken ausgesetzt. Für sie ist die Wahrscheinlichkeit, an Krebs und neurologischen Störungen zu erkranken, um das 500-Fache erhöht, da sie hohen Bleiwerten ausgesetzt sind, die das Gebiet verschmutzen. Die Demographie- und Armutsindikatoren von Manguinhos sind düster. Der *Human Development Index* liegt bei 0,65 Prozent – einer der fünf niedrigsten in Rio [und auch einer der niedrigsten von ganz Lateinamerika, SL]. 15 Prozent der Mädchen im Alter zwischen

15 und 17 Jahren haben Kinder. Das monatliche Pro-Kopf-Einkommen für 2012 betrug 188 Real (60 US\$) und die Arbeitslosenrate liegt bei 30-50 Prozent.«

Die hohe Arbeitslosigkeit und die geringen Einkommen gehen maßgeblich auf die schon in den 1980er Jahren einsetzende Deindustrialisierung der Region zurück. Nach und nach machten seitdem über 50 Fabriken dicht und setzten ihre Beschäftigten auf die Straße, die nun gezwungen waren, ihre Existenz mehr schlecht als recht durch eine prekäre Kombination verschiedenster informeller Aktivitäten zu sichern. Nicht mehr rauchende Schornsteine, sondern zahlreiche Fabrikruinen, von denen in den 2000er Jahren einige zum Wohnen besetzt wurden, prägten nun Manguinhos' urbanen Raum und bezeugten den Niedergang der einstigen Industriehochburg (vgl. Trindade u.a. 2008).

Eine weitere Ursache für die massiv eingeschränkte Lebensqualität von Manguinhos resultiert aus seiner jahrzehntelangen Funktion als Hochburg des *Comando Vermelho*, des ältesten Drogenclans der Stadt. Dessen Aktivitäten zogen regelmäßige temporäre Invasionen der Militärpolizei nach sich, die viele Todesopfer forderten. Zu allen Tages- und Nachzeiten waren Ortsansässige auf lebensbedrohliche Weise den urbanen Manifestationen des Drogenkomplexes – Verkauf, Konsum, Bewachung mit Kriegswaffen, Gewalt bis hin zu ›Exekutionen‹, panzergestützte Einmärsche der BOPE, bürgerkriegsartige Schussgefechte, Polizeiübergriffe auf Unbescholtene – ausgesetzt. Die Manguinhos durchschneidende Ausfallstraße Rua Leopoldo Bulhões kannte ganz Rio aufgrund der dort regelmäßigen Schussgefechte zwischen Gang und Polizei als *faixa de Gaza* (dt. Gazastreifen). Im öffentlichen Diskurs galt ihre Umgebung als einer der gefährlichsten Orte der Metropole und ganz Manguinhos als Inbegriff eines von Drogengangs beherrschten urbanen Territoriums.

Gleichwohl verschlechterte sich die lokale Lebensqualität weiter, als das *Comando Vermelho* im Jahr 2005 den bis dahin geltenden Bann auf den Verkauf von Crack aufhob, um seine fallenden Profite zu stabilisieren. Manguinhos entwickelte sich zu einem gesamtstädtischen ›*cracolândia*‹ (Crack-Land), also zu einem Ort, auf dessen Wegen und Freiflächen Hunderte von Crack-Konsumierenden ohne jegliche Behausungen lebten und ihre Hinterlassenschaften entsorgten. Als im Jahr 2010 militärische Truppen den benachbarten Complexo de Alemão besetzten, um die Befriedungspolizei (UPP) zu installieren, zog zudem das dort residierende Hauptquartier des *Comando Vermelho* mit seinen Waffen- und Drogenlagern nach Manguinhos um. Dies erhöhte dort dramatisch die mit Kriegswaffen patrouillierenden Gang-Soldaten, die Drogendeals sowie die Gewaltkonflikte und Polizeieinmärsche. Ein Urbanisierungsprogramm wie *Favela-Bairro*, das die dramatischsten Infrastrukturdefizite und Umweltbelastungen hätte beseitigen können, blieb dem Complexo vorenthalten:

»Merkwürdigerweise« wurde Manguinhos für dieses Programm nicht in Betracht gezogen, weil es als extrem komplexes Gebiet mit Armutsnischen, Drogenhandel und hoher Bevölkerungsdichte galt und weil es aufgrund der Besonderheiten des Bodens, der Besiedlung in nicht bebaubaren Gebieten, der Notwendigkeit der Bodenentwässerung und der Installation von Abwassersammelnetzen sehr teure technische Alternativen benötigte, wie das damalige technische Personal des Rathauses [...] erklärte.« (Fernandes/Costa 2013: 127)

Erst 2008 trat mit PAC ein großmaßstäbliches Urbanisierungsprogramm ein. Im Oktober 2012 beendete schließlich eine militärische Operation und ab 2013 die Installation von zwei Stationen der ›befriedenden‹ Polizeieinheit die Territorialherrschaft des *Comando Vermelho*. Beide staatlichen Megainterventionen diskutiere ich weiter unten.

Auch Manguinhos' zuletzt besiedeltes Areal entstand ab 1990 durch zwei vom Staat errichtete Siedlungen, die sich später durch Landbesetzungen zu den fünf Mandela-Gemeinden erweiterten. Das an die Raffinerie angrenzende Gelände trennt im Osten die Rua Leopoldo Bulhões von den älteren Gemeinden des Complexo ab. Im Norden und Süden wird es begrenzt durch die den Geruch einer Kloake verströmenden Wasserläufe des Rio Jacaré und des Canal da Cunha, die an der westlichen Spitze der Siedlungsfläche zusammentreffen, diese halbinselförmig umschließen und sie vom nahen Highway der Avenida Brasil abspalten.

Die *Conjuntos Habitacionais* (Wohnkomplexe) Nelson Mandela und Samora Machel, im Alltag bekannt als Mandela I und II, wurden 1990 bzw. 1991 als kommunale Sozialsiedlungen fertiggestellt. Sie sollten prekär hausende Ansässige der überflutungsgefährdeten Risikogebiete von Manguinhos und dem benachbarten Jacarezinho aufnehmen. Die Infrastruktur beider Siedlungen, über deren Namensgebung lediglich unverbürgte Erzählungen kursieren, war auf knapp 800 eingeschossige und mit 35 Quadratmetern Wohnfläche sehr kleine Häuschen ausgelegt. Als 1988 viele der vor Ort ärmsten Menschen durch eine Überschwemmung und einen Brand in der benachbarten *comunidade* João Goulart ihre Hütten verloren, besetzten sie die Rohbauten der entstehenden Wohnkomplexe. Weil die Bauarbeiten nur langsam voranschritten, fürchteten sie, die ihnen versprochenen Wohnungen nie zu erhalten. Da viele von ihnen schon mehrfach geräumt und an die geografische Peripherie der Metropolregion verfrachtet worden waren, hatten sie sich schon 1983 zu organisieren begonnen, um der Stadtregierung eine Siedlung vor Ort abzutrotzen: »[Wir Bewohner:innen] waren schon müde von dieser Geschichte, uns von dort [Manguinhos, SL] wegzubringen und uns in die Westzone oder in die Baixada [Fluminense, SL] zu schicken. Am Ende kamen wir immer wieder zurück, weil sie uns an Orte geschickt haben, in denen es nichts gab!« (zit. in: Fernandes/Costa 2009: 151). Nach erfolgreichen Verhandlungen mit dem Rathaus räumten sie schließlich die besetzten Rohbauten, die daraufhin fertiggestellt und an sie übergeben wur-

den. Der neue Komplex erhielt auch Infrastrukturen wie Schule, Kita, Gewerbe-einheiten und eine Reihe kleiner Kioske für den Verkauf von Waren.

Obwohl die beiden Siedlungen im Auftrag staatlicher Behörden entstanden waren, wiesen sie keine formalisierten Eigentumsverhältnisse auf. Zwar war ihr Bezug für die allesamt bedürftigen Familien, die dort einzogen, kostenfrei, die meisten von ihnen erhielten aber nie ein offizielles Dokument dafür. »Ich habe keinerlei Eigentumsurkunden für das Haus«, so berichtete eine Bewohnerin in den 2000er Jahren, »aber ich kann beweisen, dass ich dort wohne, weil ich Rechnungen habe« (zit. in ebd.: 158). Auf dieses Phänomen von mir angesprochen, erklärte die Leiterin für Fragen der Bodenregulierung der Stadtverwaltung (Interview 2010) allerdings:

»Es gibt keine rechtliche Lösung für irgendeine Formalisierung. Denn sie hängt vom Willen« derer ab, die das Haus übernehmen. »Wenn ich ihnen dieses Land schenken will, müssen sie es annehmen? [...] Was wir sehen, ist, dass es niemanden kümmert, das ist die Realität. Seit 1989 halte ich Landtitel in der Hand, aber niemand kommt, um sie zu holen.« Denn die an die Grundbucheintragung geknüpften Steuern und die Rechnungen für Strom- und Wasser, das beides ansonsten illegal abgezapft wird, kosten monatlich viel Geld. Der Landtitel wiederum

»bedeutet nicht viel. Die Sicherheit des Besitzes kommt nicht durch den Landtitel, sie existiert faktisch durch die Urbanisierung des Gebiets. Also ist es dem Kerl egal, denn er versteht das. Außerdem kann er, wenn er illegal, also informell ist, sein Haus um ein paar Etagen aufstocken, und er hat Angst, dass er das nicht mehr kann, wenn er im Rahmen des Gesetzes der Eigentümer ist. Also bringt die Betitelung eine große Belastung mit sich.«

Zwar könnte der Staat die neuen Hausbesitzer:innen unschwer zur Grundbucheintragung verpflichten. Gleichwohl liegt die Aufrechterhaltung der informellen Situation keineswegs nur in der Verantwortung seiner Behörden, sondern auch im Interesse jener Ortsansässigen, die sich formelles Immobilieneigentum aufgrund ihrer prekären Einkommenssituation überhaupt nicht leisten könnten.

Innerhalb weniger Jahre wurden Mandela I und II durch die Besetzung anliegender Freiräume und Brachen sowie durch irreguläre Ausbauten zu mehrgeschossigen Ziegelgebäuden »favelisiert« und hochgradig verdichtet. Da sich staatliche Instanzen kaum mehr für die rudimentären Infrastrukturen verantwortlich fühlten, ging ihre faktische Administration an Bewohnerschaftsvereine und das Drogenkommando über.

Mandela de Pedra, die dritte *comunidade*, entstand 1995 aus der Besetzung der regulär nicht bebaubaren Niederung des Canal da Cunha, der an die beiden *conjuntos habitacionais* angrenzt: »Menschen aus verschiedenen Orten nahmen Teile des Gebietes in Besitz und grenzten sie mit Holz, Klebeband, Ziegelsteinen ab. [...] Sie bauten mit dem provisorischen Material, das sie bekommen konnten, weil der Prozess schnell ablaufen musste, damit keine Anderen das Gebiet übernahmen.«

(Fernandes/Costa 2009: 164) Viele Hütten standen auf Stelzen im verseuchten Kanal, in den auch ihr eigenes Abwasser geleitet wurde. Infrastrukturen gab es nicht, Strom wurde anderswo abgezapft. Ihren Humor bewiesen die Besetzer:innen, als sie ihren Erschließungsweg nach dem berühmten Strandboulevard der Copacabana Avenida Atlantica nannten (ebd.: 163).

Es waren zumeist Einzelpersonen, die »um ein Haus zu gewinnen in das Areal eindringen«, so erzählten Leute aus Mangueinhos (ebd.). Dieses war vergiftet, wurde häufig überschwemmt und eignete sich nicht für dauerhaftes Wohnen. Daher hofften die das Land Besetzenden, wie im Fall von Mandela I und II »von der Regierung registriert und, wenn auch in einer anderen *comunidade*, angesiedelt zu werden« (ebd.: 162). Erst 13 Jahre später ging diese Kalkulation im Rahmen von PAC tatsächlich auf (siehe Kap. 6.2). Sie veranschaulicht beispielhaft eine Praxis, die Asef Bayat als »stilles Vordringen« der einfachen Leute bezeichnet (vgl. Kap. 1.2 und 2.6).

Auch dieser Besetzungsprozess enthielt allerdings den die Favela charakterisierenden doppelten Boden. Denn einer lokalen Aktivistin zufolge waren keineswegs nur einfache Ortsansässige, deren Einkommen für eine eigene Behausung nicht ausreichten, daran beteiligt, sondern auch »Menschen, die sich darauf spezialisiert haben, in Gebiete einzudringen, um Favelas zu schaffen, um eine Räumung zu provozieren, die in Wirklichkeit keine Räumung, sondern eine Form der Entschädigung ist.« Solche als *grileiros* bezeichneten Betrüger:innen fingieren ein privates Grundeigentum an brachliegenden Territorien, die sie in Wirklichkeit geschäftsmäßig besetzen und für eine Bebauung vorbereiten. Durch deren illegalen Verkauf erzielen sie schließlich Profit: »Mandela de Pedra ist das perfekte Beispiel dafür.« (Zit. in ebd.: 164f.)

Die sich dort Ansiedelnden organisierten sich in einem Bewohnerschaftsverein und ließen diesen offiziell registrieren. Denn nur als eingetragene *comunidade* hatten sie eine Chance, nicht einfach geräumt zu werden, sondern ihre Hütten für eine Wohnung in einem öffentlichen Siedlungsprojekt eintauschen zu können oder wenigstens für ihren Verlust entschädigt zu werden. Der Name Mandela de Pedra sollte den Eindruck erwecken, das Areal gehöre zum offiziellen Mandela-Komplex. Bis zuletzt wies das von Pfaden durchzogene Gebiet eine äußerst prekäre und hochgradig gesundheitsgefährdende Struktur auf. Labyrinthartig lehnten sich aus gefundenen Materialien zusammengesetzte Hütten und einfachste Ziegelbauten aneinander und lediglich die ›Avenida Atlantica‹ wies eine Wasserversorgung auf.

Ab 2001 etablierten sich schließlich die beiden jüngsten Gemeinden inmitten des Fabrikareals der kurz davor stillgelegten Telekommunikationsfirma Embratel. Dieses Mal resultierte die Landbesetzung nicht aus individuellen Aktionen, sondern war eine vom *tráfico* organisierte kollektive Invasion durch Leute aus Mandela de Pedra. Offiziell taufen sie die neue *comunidade* Samora II, allgemein bekannt

war sie aber als Embratel. Die gleichnamige Firma, der das Areal noch gehörte, verzichtete nach Verhandlungen mit dem Rathaus und der Militärpolizei auf die angedrohte Räumung und trat den Boden an die Stadt ab.

Der *tráfico*, der die leeren Fabrikgebäude zunächst als Drogenlager genutzt hatte, erschloss das Gelände für eine Bebauung. »Er registrierte Interessierte, wählte die Leute aus, die künftig dort wohnen durften und koordinierte die Besetzung. Die Straßen folgten einem räumlichen Entwurf, der Häuser labyrinthisch in Gassen und Gässchen anordnete.« (Fernandes/Costa 2009: 170) Dies ermöglichte zwar die interne Zirkulation, erschwerte im Interesse der Gang, die den Eingang zur Straße bewachte, um sich vor polizeilichen Einmärschen zu schützen, aber den Zutritt durch Außenstehende. Ein Bewohner des Geländes, den Tania Maria Fernandes und Renato Gama-Rosa Costa (ebd.: 171) für eine historische Studie der Oswaldo-Cruz-Stiftung über Manguinhos interviewt haben, erinnerte sich an die Landbesetzung:

»Sie hielten eine Versammlung auf dem Platz ab [...], registrierten alles genau, die Anzahl der Personen pro Haus. Ein Haus für eine Frau, ein Kind und einen Ehemann konnte recht klein sein. Ein Haus für eine Riesenfamilie erhielt einen besseren Ort [...]. Sie fragten die Leute, ob sie die Mittel hätten, um bauen zu können und verhandelten mit den Geschäften über die Aufteilung des Baumaterials. Dann hatte man die Garantie, dass die Läden das Baumaterial vorrätig haben würden. Man musste aber zahlen, weil die Vereinbarung von der *boca* [hier ein Synonym für die Drogengang, SL] getroffen wurde.«

Das lokale *Comando Vermelho* ließ sich seine Dienste bezahlen, agierte aber ansonsten kaum anders als eine Behörde, die ein geordnetes Urbanisierungsvorhaben verantwortet. So wurden die Einzelpersonen und Familien, die auf dem Gelände bauen durften, streng nach Bedürftigkeit und ihrer Zugehörigkeit zu den »Mandelas« ausgewählt: »Die Organisation der [*comunidade*, SL] Embratel war eine sehr harte Sache«, erinnerte sich ein Interessent, »mit Treffen, Nachforschungen: [...] Die Person, die ein Haus beanspruchte, musste sagen, wo sie wohnt und musste beweisen, dass sie wirklich etwas zum Wohnen, ein kleines Areal auf dem Gelände benötigte.« (ebd.: 172)

Allerdings wollte der *tráfico* die erbärmlichen Zustände in Mandela de Pedra, die dort Lebende erst veranlasst hatten, auf das Embratel-Gelände auszuweichen, vermeiden. Er installierte eine Art Bauordnung und erlaubte ausschließlich aus Ziegeln gemauerte Häuser, die zudem in drei Monaten fertigzustellen waren. Diese Anordnung, so erzählte ein Bewohner, schloss Ärmere aus der Okkupation aus:

»Als sie besetzten, lautete der Befehl, dass sie in drei Monaten in Ziegelsteinen bauen müssen. Es gab ein Fundament auf dem Gelände, aber kein Geld zum Bauen! Diejenigen, die von einem Mindestlohn leben, haben kein Geld, um plötzlich

vier Wände zu bauen! Nur wer einen Kredit aufnahm oder sich auf irgendeine andere Weise strangulierte, hat eine Möglichkeit gefunden, oder er hatte das für den Bau notwendige Geld schon.« (Ebd.)

Anders als in Mandela de Pedra wurde auf dem Gelände der Embratel ein (Ab-)Wassersystem montiert, für das die übrig gebliebene Infrastruktur der Fabrik genutzt werden konnte. Als die legale Verfügung über das Gelände an die Stadt überging, deren Behörden schon lange vor dem Start von PAC dort eine Wohnsiedlung geplant hatten, wurden 2007 auch die letzten Brachen der Fabrik besetzt. Ein Besitzer einer Hütte am Canal da Cunha führte diese Besetzung an:

»Irgendwann sackte meine Hütte in Mandela de Pedra ab [...], die Situation wurde prekär [...]. Es gab eine Flut, bei der wir alles verloren haben. Dann sagte ich mir, nein, ich gehe hier weg, wir müssen an einen besseren Ort gehen. Denn die Hütte war klein, und hier [in der Embratel, SL] gab es einen Platz für uns, um eine gute Hütte zu bauen. [...]. Ich war der erste Eindringling hier.« (zit. in ebd.: 182)

Im Juli 2007 gründete sich ein Bewohnerschaftsverein, der ihn zu seinem Präsidenten wählte, das besetzte Areal Mandela Nova nannte (bekannt wurde es als Embratel II) und die dort Lebenden für spätere Verhandlungen mit dem Rathaus registrierte. Während die Inbesitznahme der asphaltierten Geländeteile, die über ein Kanalisationsnetz der alten Fabrik verfügten, auch hier im Einvernehmen mit dem *tráfico* organisiert wurden, ließ dieser den Besetzer:innen der zum Wohnen ungeeigneten Randbereiche freie Hand. So entstanden dort wie in Mandela de Pedra prekäre Hütten aus gefundenen Materialien entlang von schmalen Pfaden ohne jede Infrastruktur.

Der Eintritt des gigantischen Urbanisierungsvorhabens PAC veränderte ab 2008 die Mandela-Gemeinden radikal. Das zuerst besetzte Embratel-Areal wurde abgerissen und machte einem gleichnamigen Neubaukomplex mit 672 Apartments Platz. Die organisatorischen Strukturen der Besetzung blieben einschließlich der Rolle des *tráfico* allerdings unangetastet.

6.2 Urbane Infrastruktur als Elefant im Porzellanladen: *PAC Manguinhos*

Im Jahr 2007 startete Brasiliens Regierung wie beschrieben (vgl. Kap. 3.1) das Wachstumsbeschleunigungsprogramm PAC (i.O. *Programa de Aceleração do Crescimento*) mit dem Ziel, durch große Infrastrukturprojekte die Wirtschaft anzukurbeln. Neben seinen primären Investitionen in den Energie- und den Verkehrssektor sollte das Megavorhaben fundamentale Infrastrukturdefizite in ausgewählten urbanen Armutsvierteln beheben. Dazu zählten mit dem Complexo de Manguinhos,

dem Complexo de Alemão und der Rocinha drei der größten Favela-Areale in Rio de Janeiro.

Am Beispiel von *PAC Mangueiras* möchte ich die Wirksamkeit dieses Urbanisierungsprojekts diskutieren, auf dessen Grundlage Rios Bürgermeister die Kritik, dass die Stadtentwicklung durch Megaevents lediglich Kapitalinteressen bediene und soziale Verwerfungen forciere, zurückwies. Am 7. März 2008 legte Brasiliens Präsident Lula da Silva, der dafür eigens nach Mangueiras gereist war, den Grundstein für dieses erstmals in Kooperation zwischen Stadt-, Landes- und Bundesregierung umgesetzte Vorhaben einer Urbanisierung von Favelas. PAC investierte in Mangueiras etwa 1,6 Milliarden US\$ (Rekow 2016: 16) und errichtete im großen Stil technische (Straßennetz, Kanalisation, S-Bahn-Trasse) und soziale Infrastrukturen (Schule, Kindergärten, Sozialzentrum, Bibliothek, Freizeitanlagen, Gesundheitsposten). Vor Ort lag das primäre Interesse jedoch auf dem ebenfalls initiierten Bau von circa 1800 Apartments für die Bewohner:innen der Hüttensiedlungen von Mandela de Pedra und Embratel/Novo Mandela, die im Gegenzug abgerissen wurden, um 19 Gebäudeblöcke mit 672 Apartments Platz zu machen. Schließlich entstanden in Mangueiras drei solcher Wohnkomplexe, die insgesamt 183 Millionen US\$ kosteten (vgl. Freire/Souza 2010: 23, Rekow 2016: 18).

Ein zentraler Diskursbaustein bei der Vermarktung und medialen Reflexion des Projekts war die Redeweise von der Transformation der irregulären Favela in eine »gesetzliche« oder »formelle Stadt« (Lima 2018: 44). Auf den Punkt brachte dies der Architekt des Masterplans Jorge Jauregui: »Der Complexo de Mangueiras ist auf dem Weg, eine formelle Stadt zu werden.« (zit. in Freire/Souza 2010: 41) Im Jahr 2010 weihte wieder Präsident Lula da Silva mit emphatischen Worten erste Bauten ein, die ihre neuen Bewohner:innen damals im Großen und Ganzen positiv bewerteten.

Autoritäre Implementation killt basisdemokratische Partizipation

Der autoritäre Top-down-Ansatz des Programms hat, so zeige ich im Folgenden, herkömmliche Muster des Klientelismus reproduziert, die auf Gewalt basierenden lokalen Machtverhältnisse zementiert und die existierenden Keime demokratischer Selbstorganisation zerstört. Konzipiert und eingeleitet wurde PAC ohne jegliche Partizipation der Bewohnerschaft am grünen Tisch. Ein leitender Architekt des für seine Implementation verantwortlichen Öffentlichen Bauunternehmens des Bundesstaates Rio de Janeiro (EMOP) erzählte im Interview (2010), dass Gouverneur Cabral und Präsident Lula da Silva die Zielorte der urbanistischen Interventionen während eines gemeinsamen Hubschrauberflugs über Rio bestimmt hätten. Den Masterplan (*Projeto Básico*) sowie detaillierte Maßnahmepläne hätten dann Architekturteams entwickelt, ohne die betroffenen Favelas jemals betreten oder mit ihren offiziellen Repräsentant:innen gesprochen zu haben. Zudem hät-

ten sie weder über Bestandsaufnahmen noch über vorbereitende Untersuchungen verfügt. Auch ein für die Stadtverwaltung als *agente comunitário* (vgl. Kap. 2.5) arbeitender Bewohner von Manguinhos konstatierte: »Das Rathaus schloss sich der *comunidade* gegenüber ab, trat hier mit den Bauarbeiten ein und tat, was es wollte.« (Interview 2010)

Für die ›soziale‹ Komponente von PAC war eine *Equipe Social* zuständig, die sich in Manguinhos aus sogenannten Integrationsberater:innen der Sozialbehörden sowie einigen als *agentes comunitários* verdingten Ortsansässigen zusammensetzte. Im Interview (2010) schilderte mir dieses Team seine Aufgaben: Erstens sei es darum gegangen, die »Unannehmlichkeiten der Bauarbeiten für die Bewohnerschaft [zu] minimieren« – ein kaum ausführbarer Auftrag, denn »als wir hier anfangen, hatten die Bauarbeiten bereits begonnen. [...] Das Soziale ging verloren.« Zweitens plante das Team »eine sozioökonomische Forschung«, »um Fähigkeiten, Trends, Bildungsniveaus zu erkennen« (ebd.) und Ideen für neue Jobs und Einkommensmöglichkeiten zu entwickeln. Drittens oblag ihm eine »erzieherische Aufgabe«: Die »nicht für das Werk der Urbanisierung vorbereitete Bewohnerschaft« sollte mithilfe von »Hausbesuchen und Inspektionen vor Ort« eine »Gesundheits- und Umwelterziehung« (ebd.) erhalten sowie mit den gesetzlichen Regeln für Eigentumsgemeinschaften und interne Hausordnungen vertraut gemacht werden.

Als die PAC-Pläne vor Ort bekannt wurden, forderten die im *Fórum Social de Manguinhos* organisierten Initiativen, das Urbanisierungsprogramm mitgestalten zu dürfen. Diese für Manguinhos einzigartige politische Selbstorganisation, so erzählte eine ihrer Gründerinnen, war aus einer lokalen Initiative zum Schutz der Menschenrechte heraus entstanden (Interview 2011):

»Wir gründeten das Forum [*Acorda Manguinhos*, SL; vgl. Kap. 5.3] im Jahr 2000, als die Notwendigkeit bestand, alle lokalen Führungspersönlichkeiten zusammenzubringen, um die Frage der Menschenrechte zu erörtern. Die Sterblichkeitsrate junger Menschen war in Manguinhos sehr hoch, so dass sich Leute zu Gesprächen mit der Regierung zusammenfanden. 2005 transformierten wir es in das *Forum für integrierte und nachhaltige lokale Entwicklung in Manguinhos*. [...] Jede Woche trafen wir uns in einer *comunidade*, auf der Straße, an einem öffentlichen Ort, um alle zu mobilisieren, weil wir erkannt hatten, dass nicht nur die Vorsitzenden der Bewohnerschaftsvereine sprechen können sollten, sondern alle, die die Gemeinde repräsentieren wollten. Daraus ergab sich eine starke Strömung, die die Zivilgesellschaft sowie private und öffentliche Unternehmen aus Rio zusammenbrachte, um über die Entwicklung von Manguinhos, den Gazastreifen und Todestrakt, wie es immer hieß, zu diskutieren.«

Unterstützt durch die *Fundação Oswaldo Cruz*, der nationalen *Stiftung zur Förderung der öffentlichen Gesundheit* (kurz Fiocruz), koordinierte das CCAP (dt. etwa Zentrum für Zusammenarbeit und Alltagsaktivitäten; vgl. Kap. 3.3 und 5.3) dieses basisde-

mokratische Vorhaben, um die *comunidade* auf ein von der Stadtregierung angekündigtes *Favela-Bairro*-Vorhaben vorzubereiten. Den Aktiven gelang es, Hunderte von Ortsansässigen zu Versammlungen und Arbeitsgruppen zu mobilisieren, um Entwicklungsziele für ihre Wohnorte zu formulieren. Die Planungen für *Favela-Bairro* verschwanden jedoch in den Schubladen, als die Landesregierung die PAC-Intervention ankündigte. Zu deren Start waren die lokalen Aktivist:innen so bereits seit Jahren auf ein großes Urbanisierungsprojekt vorbereitet und im *Fórum Social de Manguinhos* gut organisiert. Dieses forderte nicht nur eine Partizipation an der Ausgestaltung des Masterplans, sondern war auch in der Lage, basisdemokratisch erarbeitete Bedarfsanalysen und Entwicklungsziele für Manguinhos zu präsentieren. Zunächst erreichte es immerhin, dass die Projektverantwortlichen aus der Politik und der EMOP ihre Vorhaben öffentlich diskutierten. Schon wenige Monate später grenzten diese das Fórum aber aus dem Planungsverfahren aus. Aus Sicht eines Projektmanagers der EMOP (Interview 2010) wurde das *Fórum Social* »abgeschafft, sozusagen«:

»Zu Beginn fingen wir an, uns dort mit einzuklinken, vom Bundesstaat aus. Wir hatten dann ein Komitee, das jede Woche dabei saß. Das artete in Arbeit aus, in Diskussionen, du gingst mit Kopfschmerzen raus, weil wir keine Antworten hatten und die Forderungen einfach so groß waren; auf der einen Seite eben berechtigt, weil wir nie angehört hatten, was eigentlich die Communitys wollten. [...]. Die Argumente waren so stark und die Leute im Komitee waren gut präpariert, weil sie jahrelang betreut worden waren, politisch von der Fiocruz aufgebaut und organisiert worden waren. Irgendwann merkte der Bundesstaat, dass wenn er sich darauf einlässt, dann geht er unter. [...] Dann gibt es keine Bauarbeiten, sondern nur Diskussionen. Das haben die relativ schnell gemerkt. Außerdem würde das Ganze dann zu transparent, das war eigentlich nicht erwünscht.« (Ebd.)

Ein Jahr nach dem Start von *PAC Manguinhos* publizierte das *Fórum Social* (2009) ein Dossier über das Vorhaben. Darin wurde zu Recht betont, dass PAC die bürgerlichen Anhörungs- und Partizipationsrechte, die das nationale Stadtgesetz (i.O. *Estatuto da Cidade*) den Betroffenen eines Urbanisierungsverfahrens zugesteht, völlig missachtet habe. Nicht zuletzt, weil das Projekt unter einem hohen politischen Umsetzungsdruck stand und grundsätzliche Debatten die Baumaßnahmen zu verzögern drohten, grenzten die Behörden das Fórum aus dem Verfahren aus und verhandelten nur noch mit den offiziellen Vorsitzenden der Bewohnerschaftsvereine.

»Wer etwas gegen PAC unternimmt, stirbt«: das Staat-*tráfico*-Konsortium

Im Interview (2010) erzählte einer der Projektverantwortlichen der EMOP nach meiner Zusicherung, seine Aussagen würden nur anonym und nicht in Brasilien publiziert werden, den Behörden sei es bekannt gewesen, dass die Vereinsvorstän-

de dem Drogenboss unterstanden und sowohl dessen Interessen vertreten hätten als auch auf persönliche Vorteile bedacht gewesen seien:

»X [Name des Bewohnerschaftspräsidenten, SL] von Mandela II, III, IV [...] ist ganz klar vom *tráfico* dort hingesetzt und gehört auch zum *tráfico*. Dann gibt es die Vanessa [geänderter Name, SL] von Mandela I, die auch ganz klar vom *tráfico* ist. Sie ist die Frau des Bruders vom Chef des *tráfico*, der in Bangu [Hochsicherheitsgefängnis, SL] einsitzt. Und dieser Bruder ist Z [Name, SL], der macht heute die Baustellenabsicherung, also den Wachschatz. Zuvor hatten wir die Polizei als Wachschatz und da wurde alles geklaut. Dann wurde der Baufirma ans Herz gelegt, einen anderen Wachschatz einzustellen. Dann kam Z, also praktisch der *tráfico*. Dann wurde ein Exempel an jemandem statuiert, der Material von der Baustelle geklaut hat und seitdem wurde so gut wie nichts mehr geklaut. (SL:) Das heißt, der wurde ... (A:) Ja, eliminiert.«

Es gebe zwar, so dieser Angestellte des staatlichen Unternehmens, noch andere Repräsentant:innen der Bewohnerschaft. »Aber es ist alles ein Abwasch. Und wenn es vorher nicht ein Abwasch gewesen war, ist es doch dadurch, dass die Leute jetzt durch PAC zusammenarbeiten mussten, zu einem einzigen Abwasch geworden; wer sich in eine Linie mit X gestellt hat, blieb am Leben, und wer nicht, blieb dann nicht am Leben. [...] Alles, was X sagt, ist praktisch Gesetz.« In Manguinhos war dies allgemein bekannt und ein häufiger Gesprächsgegenstand. Der zentrale Punkt ist hier, dass diese Zusammenhänge auch dem staatlichen PAC-Management bekannt waren. Dieses hat so wohlwissend mit der herrschenden Drogengang kooperiert und deren Gewaltpraxis nicht nur geduldet, sondern sie vermittelt über die beauftragten Baufirmen sogar als Wachschatzdienstleistung finanziert.

Die irregulär über Manguinhos Herrschenden verboten nun jeglichen Widerstand gegen das Vorhaben. Der Präsident X zugeschriebene Satz »wer etwas gegen PAC unternimmt, stirbt« war nach der Exekution des Baustellendiebs in aller Munde. Spätestens als der wichtigste Aktivist des *Fórum Social* unter Todesdrohungen aus Manguinhos verbannt wurde, hörte dieses faktisch auf zu existieren. Dies kommentierte ein Koordinator des CCAP (Interview 2012) so: »Es gibt Situationen, in denen man nicht politisch mobilisieren und PAC kritisieren kann, so ist das. Die Verteidigung des Lebens steht an erster Stelle, wir werden nicht zu Märtyrern, denn das wird das Problem nicht lösen.« Vielmehr, so verwies er auf eine von politikulturellen Netzwerken seit den 1990er Jahren angewandte Strategie (vgl. Kap. 3.3), habe das CCAP den Mobilisierungsprozess auf »neue Projekte der Kultur, der Solidarwirtschaft, der solidarischen Kommunikation« verlagert und eine Zeitung produziert, die Probleme mit PAC indirekt anprangere. Dagegen wurden die Bewohnerschaftsvereine gleichgeschaltet und ihre Vorstandsmitglieder erhielten im Gegenzug Apartments oder Jobs auf den Baustellen. Einige ergatteten sogar offizielle Beschäftigungen als *agentes comunitários* (vgl. Kap. 2.5) in der Stadtverwaltung.

Jenseits dieser klientelistischen Kooptation der offiziellen Repräsentant:innen der Favela beschädigten auch klassische Korruptionsformen das Vorhaben. So rechneten die Baufirmen die Konstruktionskosten der Wohnungen um bis zu 50 Prozent in die Höhe und verwendeten das dadurch erworbene Schwarzgeld dafür, die Verantwortlichen in Politik und Behörden für den erhaltenen Auftrag zu »bezahlen«. »Bestimmte Leute verdienen eben viel Geld mit der Baustelle«, so der EMOP-Manager im Interview (2010). »Ich kann Ihnen sagen, dass die geplanten Wohnungen eigentlich 50.000 Reais kosten. Die Wohnungen, die jetzt dort stehen, kosteten aber 72.000, die Fundamente extra gerechnet – eine Wohnung mit 32 m². Das ist auf dem Markt nicht konkurrenzfähig [...], die kauft keiner mehr. Aber bis ich verstanden hab, warum die so teuer sind, hat es eine Weile gebraucht.«

Für die Betroffenen erzeugte dieser korruptionsbedingte Mittelabfluss das Problem, dass die ursprünglich auf bescheidene 42 m² projektierte Wohnungsgröße nun aus finanziellen Gründen auf 32 m² reduziert wurde. Die neuerrichteten Apartments waren so für durchschnittliche Familien viel zu klein und konnten im Gegensatz zu den alten Hütten weder angebaut noch aufgestockt werden. Ein weiterer, für viele Leute existenzbedrohender Korruptionseffekt lag darin, dass die Neubauareale ausschließlich aus Wohnraum bestanden, obwohl der Masterplan »auch Gewerbe vorsah, Läden, Handel, Werkstätten [...]«. Die gibt es heute nicht mehr. Ich habe immer gesagt, wir können nicht nur Häuser bauen und den Leuten die Häuser schenken. Wir müssen zusehen, dass die Leute Arbeit haben, dass die Leute Produktionsstätten haben und dass die Leute ihre Produkte auch irgendwo verkaufen können.« (Ebd.)

Gewalt und Spekulation: PAC als Bereicherungsmaschine

Während der Umsetzungsphase glitt den Behörden das Bauvorhaben schnell aus den Händen. Das PAC-Gesetz (Decreto n° 41.148 vom 24.01.2008) sah vor, alle Personen zu entschädigen, die auf den Abrissarealen lebten und ihre Behausungen offiziell registrieren ließen. Dafür konnten die Betroffenen wählen zwischen dem kostenfreien Erhalt eines neuen Apartments, bis zu dessen Fertigstellung sie in einer Umsetzwohnung unterkamen, einer festgelegten Entschädigungssumme oder einem von der *Equipe Social* begleiteten Kauf einer gleichwertigen Wohnung anderswo. Als dies bekannt wurde, begann auf dem Gelände ein fieberhafter illegaler Bauprozess. Hunderte versuchten noch schnell eine Hütte zu bauen und registrieren zu lassen, um ein Apartment oder die Entschädigungssumme zu ergattern. Dafür verzögerten sie den Prozess mit allen Mitteln und nutzten den Schutt bereits abgebrochener Hütten als Baumaterial, um nachts auf noch nicht registrierten Flächen neue Behausungen zu errichten und dann auf ihren Namen registrieren zu lassen. Ein interviewter EMOP-Architekt (2010) nahm dies wie folgt wahr:

»400 bis 500 Hütten standen da, unter ärmsten Bedingungen. [...] es war ganz, ganz furchtbar. Dann hieß es, wir werden da Sozialwohnungen bauen und jeder, der da wohnt, kriegt entweder eine Wohnung oder im Wert seiner Hütte Geld ausgezahlt oder, als dritte Möglichkeit, einen begleiteten Kauf, das heißt er kann sich irgendwo etwas Anderes kaufen und das wird dann bis zum Wert seiner Hütte bezahlt. Dann wurde das relativ schnell zur Spekulation. Die Behörden haben sehr langsam gearbeitet, wir mussten erstmal eine Bestandsaufnahme machen. [...] Wir fingen vorne an aufzunehmen und hinten wuchsen die Hütten wie Pilze aus dem Boden, über Nacht. Ich habe dann relativ schnell alles fotografisch aufgenommen, habe Hütten markiert, aber inzwischen wuchsen die Hütten schon [...] und aus 400 bis 500 wurden am Ende 1200. [...] Wir fingen an abzureißen, die Leute umzusetzen, nur das Material wurde nicht abgetragen. Dann haben die Leute in der Favela mitbekommen, dass wir abreißen. Sie standen dort wirklich wie Krähen oder Möwen auf der Müllhalde, wenn der LKW kommt und ausschüttet. Wom, sind sie alle hin und haben die Steine abgetragen. Wir haben die Steine hier abgerissen und auf der anderen Seite wurde wieder aufgebaut. Genau dasselbe Material haben wir zwei-, drei-, viermal bezahlt.

Irgendwann habe ich gesagt, das geht so nicht, und dann hieß es in der *associação de moradores*, dass Präsident X das jetzt überwachen werde. Er hat das dann insoweit überwacht, als er praktisch den Neubau der Hütten organisiert hat. Und für jede Hütte, die er zugelassen hat, hat er 20 Prozent von der Entschädigungssumme kassiert, die Leute haben ja, sagen wir mal 1000, 4000 oder bis zu 9000 Real für ihre Hütte bekommen und davon hat er die Prozente kassiert. Oder er hat Leuten, die er [als Strohpersonen, SL] nur in die Hütten reingesetzt hatte, 10 Prozent der Entschädigung bezahlt. Der Mensch hatte überhaupt nichts vorher, der fährt heute einen kugelsicheren Wagen, der hat ein riesiges Motorrad, der hat ein Haus, das wir ihm gekauft haben, damit er uns die Sache vereinfacht, uns die Probleme löst. Denn die Probleme wurden immer größer. (SL:) Wurde das offiziell gekauft? (P:) Nein, nicht offiziell. Der kam ins Büro, er hatte nur eine ganz kleine Hütte, und hat gesagt, »welches Haus ist hier am meisten wert?« Und da habe ich das Haus des Ortsvereins genannt, weil es das größte und das einzige Backsteingebäude war. »Ja, das ist mein Haus«, das sei also jetzt sein Haus, dafür möchte er entschädigt werden. Dann wurde es auf 30.000 geschätzt und dann sagt er, nö, er braucht 50.000. Und so ging es, dann wurde verhandelt, wenn er nicht 50.000 kriege, würde er uns nicht mehr [in die Favela, SL] hineinlassen, und und und [...]. Dann wurde bedient und so haben wir uns unsere eigene Bestie herangezogen.«

Auch eine für PAC verantwortliche Beamtin des kommunalen Wohnungsamts gab auf ein längeres Nachhaken meinerseits im Interview (2010) zu, dass der *tráfico* in das Projekt involviert war:

»Ich arbeite seit 22 Jahren mit Favelas. Als ich zu arbeiten begann, hatten wir zwar den Drogenhändler dort, aber er blieb bei seinem Geschäft, er hat sich nicht eingemischt. [...] Da er auch dort lebte, fand er das gut. Und die *comunidades* hatten ihre Vorsitzenden. Zur Zeit der Brizola-Regierung [vgl. Kap. 2.4, SL] wurde diese Führung kooptiert, um in der öffentlichen Maschinerie zu arbeiten, die Dinge begannen sich zu ändern, dieser Kampf begann ein wenig grausam zu werden, richtig? Zur gleichen Zeit wurde der Drogenhandel immer bewaffneter. Und dann fing er an, sich in die Bauarbeiten einzumischen: ›Ah, ich möchte, dass Sie die Straße dort machen‹ und so [...]. Und die Menschen, die vor Ort arbeiten, stehen genau wie die Bewohnerschaft unter einem hohen psychischen Druck. Wir hatten Kolleg:innen, die dort die Nacht mit einer Pistole am Kopf verbrachten. [...] Der *tráfico* begann damit, die Regeln diktieren zu wollen. Und das Rathaus versuchte damals, dem entgegenzuwirken. [...] Aber das fing an, etwas zu werden, das man nicht aufrechterhalten konnte. Ihre Macht ist zu groß, es gibt keine Möglichkeit.«

Aus ihrer Sicht, so die Beamtin (ebd.), »müssten die Behörden alle Arbeiten abblasen, wenn die im Gebiet herrschenden Drogenbanden die Regeln diktieren«. Dies, so demonstriert PAC *Manguinhos* beispielhaft, passiert jedoch schon deshalb nicht, weil die beteiligten Akteure des Staates, der Drogengangs, der Baufirmen und der offiziellen Bewohnerschaftsvereine hohe Summen der exorbitanten Mittel, die für solche Megaprojekte zur Verfügung stehen, durch für alle Seiten profitable Deals in die eigenen Taschen umverteilen können. Zudem können die offiziell Verantwortlichen erhebliches politisches Kapital aus einem solchen Projekt schlagen.

Nur die offizielle *Equipe Social* (Interview 2010), deren *agentes comunitários* eng mit den Vereinsvorsitzenden verbunden waren, konnte im Interview bezeichnen-derweise keine Zusammenhänge zwischen *associações*, *tráfico* und dem Verlauf von PAC erkennen: »Dass der Drogenhändler ankommen und sagen würde: ›Hey, ich will dies und das‹, das existiert nicht. [...] Sie bedienen sich nicht, sie haben einen großen Respekt vor uns.« Die Equipe verknüpfte ihr »Ziel, dass der Bewohner [i.O. o morador, SL] der *comunidade* sich als Bürger dieser Stadt fühlt«, ausschließlich mit den *associações* und ignorierte deren Unterwerfung durch die Drogengang sowie ihre Verwicklung in korrupte Deals: »Wir wollen nicht, dass die Bewohnerschaftsvereine ihren Einfluss, ihre Arbeit verlieren. [...] Wir tun in der *comunidade* nichts, was nicht bereits mit ihnen vereinbart ist. Wir haben allen Respekt vor ihnen.«

Als den Behörden das Projekt entglitt, weil Bedürftige mithilfe einer irregulären, den Staat austricksenden »Logik der Praxis« (Asef Bayat) ein kostenloses Neubauapartment zu ergattern suchten, beauftragten sie die Vereinsvorstände, die Hütten zu registrieren. Damit ermöglichten sie ihnen und den Drogenbossen ein großes Geschäft. Denn nicht nur Präsident X, sondern auch andere Vereinskader verlangten heimlich Provisionen und ermöglichten es sogar Ortsfremden gegen eine »Bestechungsgebühr«, für sich eine Hütte registrieren zu lassen. Alle höheren

Drogen- und Vereinskader bezahlten zudem Strohpersonen dafür, dasselbe für sie zu tun und erschlichen sich so jeweils mehrere Neubauapartments für sich selbst. Die schätzungsweise 400 Hütten, die bei Programmstart existierten, vermehrten sich so auf über 1200, für deren Abriss schließlich entschädigt wurde.

Von einer horizontalen zu einer vertikalen Favela: die staatliche Produktion von Informalität

Gerade für Menschen, die in den äußerst prekären Behausungen der nun abgerissenen Besetzungsareale von Embratel/Mandela Nova und Mandela de Pedra gelebt hatten, verbesserten die Apartmentblocks von PAC die Wohnverhältnisse zunächst dramatisch. Im Allgemeinen, so resümierten Freire und Souza (2010: 26) ihre Umfrage bei den Betroffenen, »stellte PAC für die Bewohnerschaft die Möglichkeit dar, ›aufzuhören, in einer Favela zu leben‹, die sie als ›Ort ohne Adresse‹ verstanden, an dem es also an öffentlicher Gesundheit, Bildung, Freizeit, Urbanisierung und Kanalisation mangelt«. Eine ›Adresse zu haben‹ bedeutete für sie, Respekt und die offizielle Bürgerschaft der Stadt zu erhalten.

Allerdings profitierten gerade die Ärmern unter ihnen davon nur kurzzeitig. Meist waren sie nicht in der Lage, die Bewirtschaftungskosten für die im Gegensatz zu ihren alten Hütten an die offiziellen Strom- und Wassernetze angeschlossenen Apartments aufzubringen. So mussten sie ihre neuen Wohnungen illegaler Weise und daher weit unter Preis verkaufen und Manguinhos verlassen. Erworben wurden sie von lokalen Gang- oder Vereinskadern, die darüber zu regelrechten *slum landlords* aufstiegen. Ein Projektmanager der EMOP (Interview 2010) resümierte diese paradoxe Konfiguration, die den Städtebau formalisiert und zugleich das irreguläre Gewaltregime stabilisiert hat, mit dem Satz: »Wir haben horizontale Favelas in vertikale Favelas umgewandelt. Das ist das Einzige, was wir gemacht haben.«

Damit brachte er auf den Punkt, dass das offizielle Ziel, die Favelas von Manguinhos mithilfe von PAC in eine »gesetzliche Stadt« zu verwandeln, fundamental gescheitert war. Ihm widersprachen nicht nur der irreguläre Modus Operandi des Programms und die von ihm instrumentalisierten illegalen Herrschaftsstrukturen, sondern auch die Eigentumsverhältnisse, die in den neuen Siedlungen installiert wurden. So beobachtete der Anthropologe André Lima (2018: 39) noch Jahre später: »Die Informalität hat nie aufgehört, eine Praxis und eine Regel im Leben der Bewohnerschaft zu sein: Die Übergabe der neuen Wohneinheiten ging nie mit der Formalisierung des Landbesitzes einher, d.h. auch heute noch, im Jahr 2018, leben Hunderte ohne irgendein Rechtsinstrument, das ihnen Eigentum, Besitz oder Wohnung garantiert.« Faktisch habe der Staat die Ortsansässigen und so letztlich die Drogengang dazu »veranlasst, die territoriale Verwaltung in den Wohnsiedlungen zu übernehmen« und die von seinen Organen ignorierten Probleme selbst zu lösen (ebd.: 41). Er resümiert zu Recht: »Der Staat war innerhalb eines Spiels der

Herrschaft und sozialen Kontrolle auch in der Produktion von Informalität tätig.« (40)

Wie beschrieben (siehe Kap 1.2 und 2.6), ist Informalität generell kein Effekt oder Phänomen staatlicher Abwesenheit. Für *PAC Manginhos* gilt, dass der Staat durch Wohnsiedlungen, die er offiziell errichten ließ, um die Favelas zu formalisieren, fortwährend jene Informalität koproduziert hat, die seinen Organen später als Legitimation dafür diente, ihrer Bevölkerung maßgebliche Bürgerrechte vorzuenthalten. Dieser Modus Operandi gliederte das Informelle nicht in das Formelle oder Legale ein, sondern hielt es »im Gegenteil am Rande, in der Schwebel, in ständigen gelegentlichen Verhandlungen, um die soziale Kontrolle unerwünschter Gruppen [...] aufrechtzuerhalten« (ebd.).

Insgesamt verbesserte PAC die lokalen Infrastrukturen und für viele Ortsansässige auch die Wohnsituation erheblich. Allen zugute kamen die neu installierten öffentlichen Einrichtungen (Gesundheitsposten, Sozialzentrum, Bibliothek, Schulen, Kindergärten) sowie die qualitative Anpassung der öffentlichen Räume (Straßen, Plätze, Spielanlagen) und Versorgungsstrukturen (Kanalisation) an das Niveau der formellen Stadt. Gleichwohl manipulierten die anhaltenden Vorurteile des *asfalto* gegenüber der Favela die behördlichen Entscheidungen über die zu errichtenden Infrastrukturen. So berichteten Mitarbeiterinnen des Wohnungsamtes (Interview 2010), dass die Bildungsbehörde den Plan, neue Kindergärten und Schulen im Lebensraum der Kinder anzusiedeln, mit der Begründung torpediert habe, das Lehr- und Erziehungspersonal wolle die Favela nicht betreten. Sie wurden schließlich an verkehrsreichen Hauptstraßen außerhalb der *comunidades* errichtet. Dies hatte nicht zuletzt den Effekt, so ein Koordinator des CCAP (Interview 2011), dass die neuen Schulen und Kitas eher kleinbürgerlichen Milieus angrenzender Stadtteile als der Bewohnerschaft der Favelas zugutekämen.

Zudem hatte die Regierung bei der Präsentation des PAC-Vorhabens viele Investitionen versprochen, die sie später nicht realisierte. So wurde der angekündigte Bau eines für die Bewohnerschaft essenziellen Krankenhauses aus Kostengründen auf den eines »Gesundheitspostens« reduziert. PAC beseitigte nicht einmal die gesundheitlich katastrophale Verklappung von giftigen Rohabwässern, die in offenen Kanälen in die Guanabara-Bucht fließen und bei Hochwasser Manginhos regelmäßig überschwemmen. Zwar hatte der Gouverneur im Jahr 2012 angekündigt, für 80 Millionen US\$ eine Kanalisation installieren zu lassen. Dieses Budget verschwand aber spurlos und ließ eines der für die Gemeinschaften dringlichsten Vorhaben, das zugleich die Guanabara-Bucht entgiftet hätte, unerledigt (Rekow 2016: 18).

Dagegen verschlang die aus Sicht der Bewohnerschaft überflüssige Aufstellung der Manginhos durchquerenden S-Bahntrasse nicht nur ein Drittel der verfügbaren Gelder, sondern erzwang auch die Umsiedlung von fast 700 Familien. Bis zum Abriss ihrer Häuser,

»der Platz für das Vorhaben schaffte, war es ihnen [...] gelungen, eine bescheidene Infrastruktur mit Bäckereien, einem Kindergarten und einer Kirche aufzubauen. Viele Ortsansässige wurden nicht einmal über ihren bevorstehenden Umzug informiert und niemand konnte irgendeinen Einfluss auf den Prozess nehmen. Sie sahen sich lediglich mit gepanzerten Fahrzeugen und Polizeirazzien konfrontiert, die Gouverneur Cabral angeordnet hatte, und wurden aufgefordert, ihr Grundstück zu verlassen.« (Ebd.: 17)

Diese Vorgehensweise charakterisierte auch andere Räumungen im Zuge der Urbanisierungsvorhaben. Ein *agente comunitário* kommentierte das Vorhaben im Interview (2010) so: »Wenn man die Leute fragt, hält es niemand für wichtig, die Bahnstrecke anzuheben [...]. Mit diesem Geld könnte ich eine Menge bauen. [...] Wenn dieses Projekt mit der Community diskutiert worden wäre, wäre das Geld für andere Dinge verwendet worden.« Das an die Aufstellung geknüpfte Ziel, den Complexo de Manguinhos geographisch zu vereinen, war für die Bewohnerschaft irrelevant, denn die parallel zur Bahntrasse verlaufende Leopoldo-Bulhões-Straße spaltete die Mandela-Gemeinden weiterhin von den anderen *comunidades* ab. Da in beiden Räumen zudem unterschiedliche Drogenbosse herrschten, waren sie auch organisatorisch voneinander getrennt.

›Integration‹ durch Bevormundung

Die »soziale Komponente« von PAC enthielt einen von der *Equipe Social* realisierten »Erziehungsansatz«, von dem sich viele Betroffene bevormundet fühlten. Die für einen Erhalt der Apartmentschlüssel obligatorischen fünf »Integrationstreffen« sollten in der Irregularität lebende »*favelados*« zu regelkonformen Eigentümer:innen umerziehen:

»Wir beginnen mit der Geschäftsordnung für Eigentumswohnanlagen, die ist Gesetz, an ihr dürfen sie [die Beziehenden der Apartments, SL] nicht rühren. Wir können aber Hausordnungen für das Zusammenleben der Eigentumsgemeinschaft erstellen. [...] Zum Beispiel haben wir mit Hausgemeinschaften festgelegt, dass keine Haustiere, Katzen, Papageien, Hunde erlaubt sind. Wenn sie also eine Wohnung bekommen haben und die Regeln fertig sind, können sie dort nicht mit einem Hund wohnen. Sie verstehen, das ist unsere Aufgabe.« (Integrationsberater der Sozialbehörde; Interview 2010)

Der die »Integrationstreffen« charakterisierende Paternalismus, der aus der Favela kommende Bezieher:innen der Apartments als erziehungsbedürftig konstruierte, war diesen wohl bewusst. So empörte sich die Ehefrau eines Ortspräsidenten (Interview 2010) über ihre Behandlung. Sie sprach von »Zivilisierungskursen«, an denen sie habe teilnehmen müssen und von einer offiziellen Broschüre, die ihr Ver-

haltensregeln beibringen sollte. »In vier Kursen zeigten sie uns, was wir nicht tun sollten, z.B. Kleidung an den Fenstern ausbreiten, Haustiere halten, nicht einmal Hunde und Vögel.« Das vorurteilsgeladene Bild, das diese »Kurse über die Bewohnerschaft der Favelas ausdrückt« (ebd.), erläuterte sie an einem Beispiel: Auf ihre Frage, warum die Konstruktion der Wohngebäude keinen Einbau von Klimaanlage zulasse, habe der Kursleiter geantwortet, dass Leute, die ein so teures Gerät besäßen, die für Einkommensarme gedachte Wohnung nicht verdienten. »Ich kenne meine Rechnungen, ich weiß, ob ich dies oder jenes ausgeben kann«, empörte sich die Frau über den diskriminierenden, in ihre »Entscheidungsfreiheit« eingreifenden Gestus des »Integrationsberaters, der das Leben in der Favela nicht kennt«. Aus ihrer Sicht waren die Regeln, die beim Einzug in die Apartments unterschrieben werden mußten, »im Alltag nicht gültig, denn die Bewohnerschaft erkennt sie nicht als Verhaltensnormen [i.O. *normas de conduta*, SL] an« (ebd.). Vielmehr tue sie alles, was sie laut Broschüre nicht dürfe. Tatsächlich waren bei jedem Spaziergang durch die neue Siedlung Kleider zu sehen, die zum Trocknen in den Fenstern hingen, Haustiere, die um die Gebäude streiften oder in den Erdgeschoss gar kleine Läden, die Dinge des Alltagsbedarfs durch die Fenster verkauften.

Freire und Souza (2010: 49), die den Zyklus der »Integrationstreffen« in Manginhos teilnehmend beobachtet haben, zogen daraus ein ambivalentes Fazit. Einerseits hätten die Kurse erforderliche Informationen über die Struktur der Immobilien, »die Verwaltung der Eigentumswohnung, die Eigentumsurkunde, ihre Rechte und Pflichten« effektiv vermittelt. Teilweise hätten sie daran Teilnehmende gar zu Protesten mobilisiert. So sei infolge eines Kurses ein Gesuch an die Baufirma formuliert worden, die Wohngebäude durch Eingangsüberdachungen oder Fenstergitter nachzubessern, um sie mit Blick auf das angrenzende *cracolandia* (Crackland) zu sichern. Andererseits hätten die Kursleiter:innen das Leben in der Favela ihren eigenen Angaben zufolge nicht gekannt und die bevormundenden Vorurteile des *asfalto* reproduziert: Die Bewohnerschaft »müsse lernen, wie ein Leiter sagte, [...] etwas Anderes zu zeigen als die derzeitige Vorstellung, dass ›für die Armen alles möglich ist‹. Andernfalls würde der Wohnkomplex nichts Anderes als ›ein *favelão* werden«, also eine Riesenfavela (ebd.: 48). Die Kurse vermittelten die alte Vorstellung des Bürgertums, der Umzug von der Favela in eine Wohnung erfordere eine erst zu erlernende Lebensweise:

»Die stereotype Sicht auf den *favelado* [Herv. i.O.] als jemand, der sozial erzogen werden muss, blieb bestehen, auch wenn ein Diskurs von Autonomie und Staatsbürgerschaft sie verdeckte. Ihre Rolle bestehe darin, so vermittelte etwa eine Moderatorin den Teilnehmenden, ihnen so lange zu helfen, bis sie gelernt hätten, das Leben in der Eigentumsgemeinschaft allein zu bewältigen: ›wie ein Kind, das laufen lernt [...]. Es wird einen Moment geben, in dem PAC herausgehen wird und Sie mit Ihren eigenen Beinen gehen werden.« (Ebd.: 50f.)

Legitimes stilles Vordringen versus illegitime Bereicherung

Mithilfe der im Favela-Alltag existenziellen Fähigkeit, durch irreguläre Praktiken auf Kosten des Staates das Überleben zu sichern und ein soziales Vorankommen zu ermöglichen, die Asef Bayat (2012) als das »stille Vordringen« der einfachen Leute bezeichnet (vgl. Kap. 1.2 und 2.6), gelang es auch einfachen Bewohner:innen, aus dem PAC-Pool allerlei Ressourcen für sich zu ergattern. Hunderte von Familien schafften dies durch den illegalen Bau einer neuen Hütte, die sie registrieren ließen, um die Kompensation für ihren Abriss zu erhalten. Andere teilten ihre Hütte in zwei Wohneinheiten oder integrierten ein vermeintliches Gewerbe oder eine Kirche, um auch dafür eine Kompensation zu erhalten. Am Beispiel einiger Pfingstpastoren komme ich darauf in Kapitel 7 zurück. Wieder andere dienten den lokalen Eliten gegen eine Prämie als Strohpersonen, weitere verkauften oder vermieteten illegaler Weise ihr vom Staat erhaltenes Apartment. Während seiner jahrelangen Bauphase bot PAC den Ortsansässigen zudem offizielle Einkommensmöglichkeiten durch Hunderte von Baustellen-, Reinigungs- und Bürojobs, deren Vergabe die korrupten lokalen Eliten vermittelten.

Die fertigen Gebäude schließlich eigneten sich die dort Eingezogenen in vielfacher Hinsicht regelwidrig an. Im Bruch mit den von ihnen unterzeichneten Verträgen hängten sie Wäsche in die Fenster und richteten Kioske, kleine Werkstätten oder Kirchen in Erdgeschosswohnungen ein. Zudem fielen mir immer wieder Wasserschläuche auf, die aus Apartments heraushingen und gebündelt im Boden verschwanden. Auf meine Nachfrage über deren Funktion erhielt ich die Antwort, dass Bewohner:innen, denen das Wasser abgestellt worden sei, weil sie die Rechnungen nicht bezahlt hätten, auf diese Weise illegal abgezapftes Wasser in ihre Wohnungen leiteten. Die Drogengang wiederum konstruierte am Rand der Siedlung eine Reihe von Barracken, die sie Ortsansässigen als Läden oder Werkstätten vermietete.

Gleichwohl blockierten die Effekte von PAC allerlei Einkommensmöglichkeiten, da informelle Arbeitsräume ersatzlos abgerissen und soziale Netze durch erzwungene Umzüge zerstört worden waren. Zudem wurden prekär lebende Milieus aus der nun urbanisierten Favela verdrängt. Als PAC startete, stiegen die durchschnittlichen Preise für ein Haus in Manguinhos binnen kürzester Zeit von 4000 auf bis zu 10.000 Real (Freire/Souza 2010: 33). Ende 2012, als die meisten Bauten errichtet und die beiden UPP-Stationen installiert waren, kosteten die Immobilien schon über 25.000 Real (Rekow 2016: 18). Spätestens dann konnten sich viele Leute die Wohnkosten nicht mehr leisten und mussten umziehen, meist an den bis zu 40 Kilometer entfernten westlichen Stadtrand. Das Programm kam so sozial besser gestellten Bewohner:innen zugute, während es den Ärmern oft erheblich schadete.

Zugleich zerstörte der autoritäre und korrupte Top-down-Ansatz des unter hohem politischen Druck realisierten Großvorhabens die gewachsenen Pflänzlein demokratischer Selbstverwaltung und zementierte die existierenden Gewaltverhältnisse und den traditionellen Klientelismus in ihren hässlichsten Formen. Die hemmungslose Bereicherung der mit dem *tráfico* verbundenen Ortsvorsitzenden nahmen zwar nicht alle der durch Provisionen geschröpften Bewohner:innen einfach hin. Im vorherrschenden Klima der Angst offenbarte sich der in Alltagsgesprächen spürbare Unmut aber nicht durch offene Proteste. Auch wandte sich niemand schutzensuchend an staatliche Organe, deren Verwicklung in die Korruptionsgeschäfte allgemein bekannt war und deren diskriminierende Praktiken und polizeilichen Gewaltübergriffe viele Menschen am eigenen Leib erfahren hatten. Vielmehr pilgerten empörte Betroffene in eine Favela im äußersten Stadtwesten, um sich beim *dono* der Mandela-Gemeinden zu beschweren, der aus dem offenen Strafvollzug entkommen und dort untergetaucht war. In dieser Zeit wurde auf Ortspräsident X ein allgemein als Warnung gedeutetes Attentat verübt. Wenige Monate später wurde er dann verhaftet und dafür angeklagt, PAC-Apartments illegaler Weise verkauft zu haben. Allerdings beendete dies nur die schamlosesten Exzesse, die Fundamente des Geschäfts blieben dagegen erhalten.

PAC, so beobachtete auch Mariana Cavalcanti (2013: 219f.), brachte einen neuartigen Typus lokaler Führungspersonlichkeiten an die Macht. Diese orientierten sich nicht mehr am gewachsenen Ethos der Favela-Bewegungen des 20. Jahrhunderts, sondern an den materiellen Optionen, die eine Herrschaft über ein urbanes Territorium eröffnete. Sie definierten sich nicht mehr als gewählte und abrufbare Vorsitzende eines Bewohnerschaftsvereins, sondern als souveräne Präsident:innen einer gesamten Favela, deren Macht auf Gewalt gründete. Auf diese Weise blockierte PAC »das Entstehen demokratischer öffentlicher Räume für Partizipation und Regierungsführung und schuf informelle Mechanismen, die (monetäre oder andere) Gewinne generierten, welche sich in den Händen einiger weniger konzentrierten« (Lima 2018: 41f.).

Die Auswirkungen dieses »perversen Mechanismus« (Cavalcanti 2013: 220) reichten weit über die Transformation lokaler Machtverhältnisse hinaus. Denn die Implementation eines staatlichen Programms mithilfe einer längst delegitimierten Institution – der *associação de moradores* – verwandelte »die politischen Partizipationsmechanismen, auf denen Projekte wie PAC beruhen, in Geiseln lokaler Machtstrukturen und urbaner Informalitätsregime« (ebd.). Das einst von sozialen Bewegungen erkämpfte Recht für Planungsbetroffene, an staatlichen Urbanisierungsprojekten partizipieren zu dürfen, entkoppelte sich von einer demokratischen Agenda.

Selbst einer der für das Projekt verantwortlichen EMOP-Manager (Interview 2010) reflektierte das PAC-Verfahren äußerst kritisch. Er habe sich zunächst da-

von »überzeugen lassen, allein durch Urbanisierung, durch Stadtplanung, durch Formalisierung dem *tráfico* die Kraft nehmen« zu können:

»Ich wollte Alternativen für junge Leute bieten und sagen, hier, wir geben euch Alternativen zu wachsen, euch zu bilden oder einen Beruf zu erlernen. Und daran habe ich eine Zeit lang geglaubt; bis ich gesehen habe, wie es läuft, dass da drinnen alles, was wir machen, im Prinzip immer in Abstimmung mit dem *tráfico* ist, immer. Dann habe ich gesagt, es geht nicht, es geht nur, wenn wir einmal wild rumballern, aufräumen, die Favela besetzen und dann planen. Aber auch das geht nicht, weil nie geplant wird. Es wird immer aus dem Bauch heraus entschieden [...]. Da gibt's Probleme an der einen Ecke, dann kommt der Präsident der EMOP und sagt, »ah, hier gibt's Probleme, wie können wir das am schnellsten und unkompliziertesten regeln?« [...] Und dann hast du einen Dominoeffekt. Das Problem, das du hier hattest, hast du dreimal größer an einer anderen Stelle und so geht es immer weiter. [...] Und heute weiß ich, es geht nicht mit Gewalt, es geht auch nicht mit Planung, es geht überhaupt nicht, wenn du nicht grundsätzlich die Strukturen änderst und das ist ein Prozess, der wahrscheinlich noch 500 Jahre dauert.«

Big-Scale-Modernismus versus Infrastruktur der Favela

Die autoritäre staatliche Implementation eines immens kostspieligen soziotechnischen Systems durch PAC steht im Gegensatz zur traditionellen Infrastruktur der Favela, in der sich ein kollaboratives Handeln der Bewohnerschaft und ein gebastelter, heterogener und nutzungsflexibler urbaner Raum immer wieder gegenseitig (re-)produzieren. Versteht man Urbanisierung mit AbduMaliq Simone (2004: 408) als »eine Verdickung der Felder, ein Gefüge zunehmend heterogener Elemente zu komplizierteren Kollektiven«, bewirkte das Strukturen homogenisierende PAC eher eine De-Urbanisierung. Wie ein Elefant im Porzellanladen zertrampelte seine modernistische Großprojektlogik eine für urbane Konfigurationen, in denen Menschen auf möglichst vielfältige Möglichkeiten angewiesen sind, um durch mikro-unternehmerische Aktivitäten Ressourcen erwirtschaften zu können, existenzielle Heterogenität.

Um der Funktionsweise der Favela gerecht zu werden, muss ihre Infrastruktur in einem erweiterten Sinne als »komplexer sozialer und technologischer Prozess« (Graham/McFarlane 2014: 4; siehe Kap. 1.2) verstanden werden, der nicht nur das Wirken soziotechnischer Apparate im urbanen Raum umfasst, sondern fließende Übergänge zwischen Infrastruktur und Sozialität aufweist. Denn die »Menschen arbeiten an den Dingen, um miteinander zu arbeiten, so wie diese Dinge an ihnen arbeiten« (Simone 2014: 33). Auch die Favela ist, wie es AbdouMaliq Simone (2004: 407) für afrikanische Städte beschreibt, »gekennzeichnet durch unentwegt flexible, mobile und provisorische Verknüpfungen von Ortsansässigen, die ohne klar

umrissene Vorstellungen davon, wie die Stadt bewohnt und genutzt werden soll, operieren«.

Die Favela-Bevölkerung war historisch gezwungen, ihren Lebensraum jenseits offizieller Verstädterungsmuster und soziotechnischer Infrastrukturen kollaborativ selbst zu produzieren. Aus ihrer informellen Zusammenarbeit entstanden die vielfältigen Verbindungen zwischen dem Sozialen und Ökonomischen, dem Politischen und Materiellen, zwischen Räumen, Dingen, Technologien, Personen und Praktiken, die »zu einer Infrastruktur werden – einer Plattform, die das Leben in der Stadt ermöglicht und reproduziert« (ebd.: 408). Diese Infrastruktur der Favela kann mit Graham/McFarlane (2014: 4) als eine »Materialisierung der Antizipation« beschrieben werden, also als eine dem Gespür für die Form und das Timing möglicher nächster Moves folgende Materialisierung, die schrittweise Kapazitäten anhäuft und neue Möglichkeiten eröffnet.

Als gigantisches Infrastrukturmonster beschädigte PAC diesen komplexen Prozess. Die zentralistische und beschleunigte Konstruktion technisch-baulicher Anlagen schaltete die selbstgesteuerte Kollaboration der Bewohnerschaft aus oder überführte sie in ein korruptes System. Sein Charakter als gleichsam vorgefertigtes Großprojekt konterkarierte den Inkrementalismus, der die selbst fabrizierte Urbanität der Favela prägt – also das ressourcensparende, soziale Netzwerke verfestigende Vorangehen in kleinen Schritten, das provisorische Strukturen permanent an sich ändernde Bedingungen und an einen Mangel an Ressourcen adaptiert. PAC dagegen generierte vorab formatierte Masterpläne, Architekturen und soziale Orte ohne Rücksprache mit der Bewohnerschaft, deren demokratisch organisierte Wunschproduktion vielmehr unterdrückt wurde. Es brachte Siedlungen aus einem Guss hervor, deren flexible Nutzung untersagt wurde und errichtete alle Wohngebäude mit identischen und viel zu kleinen Grundrissen, die den heterogenen und oft dynamischen Haushaltsformen der in der Favela lebenden Menschen widerstreben.

In ihrem »übergreifenden Manöver der Vollendung« demolierte die autoritäre und »einzige Entwicklungsagenda« von PAC so die Fundamente der dezentralen und flexiblen Organisation der Favela, die sich in ihren gewachsenen infrastrukturellen Gefügen spiegelt (Simone 2014: 24). Dieser modernistische Backlash fiel hinter die bedürfnis- und ressourcenorientierten *Sites-and-Services*-Programme früherer Dekaden oder hinter das eher auf Selbstregierung setzende *Favela-Bairro* weit zurück (vgl. Kap. 2). Seine bevormundende Regulation folgte letztlich dem paternalistischen Umerziehungsprogramm der Assimilationsstrategie. Im Wortsinne zementierte PAC die historischen Unterwerfungsformen der Favela-Bevölkerung und verbarg sie hinter einer modernistischen Fassade.

6.3 Das Tableau lokaler Machtstrukturen

Während der fünf Jahre, in denen das PAC-Programm implementiert wurde, waren die *comunidades* von Mandela in behördlich registrierten Bewohnerschaftsvereinen organisiert, die ihre Belange gegenüber den Staatsapparaten offiziell repräsentierten. Diese Vereine müssen laut Gesetz demokratisch organisiert und ihre Vorsitzenden als informelle Bürgermeister:innen der Favelas von den Mitgliedern gewählt sein. Über alle Mandela-Territorien herrschte jedoch unangefochten das *Comando Vermelho*, Rios ältester Drogenclan. Erst im Oktober 2012 marschierten Truppen der Polizei und des Militärs ein, um dieser Herrschaft ein Ende zu setzen und eine Station der »befriedenden Polizeieinheit« zu etablieren. Im Folgenden skizziere ich die bis dahin herrschenden lokalen Machtstrukturen und analysiere ihre Akteure und Netzwerke. Es lässt sich erkennen, dass sie den Ortsansässigen einerseits eigene Normen und Regeln aufoktroyierten, deren Verletzungen sie mit Mitteln der Selbstjustiz sanktionierten, und sie andererseits aber auch mit Ressourcen und Einkommensoptionen ausstatteten.

Als »Eigentümer« (*dono*) aller Mandela-Gemeinden galt unangefochten der regionale Boss des *Comando Vermelho*, der seit vielen Jahren inhaftiert war und daher vor Ort von einem Statthalter vertreten wurde. Die Vorsitzenden der Bewohnerschaftsvereine suchte der *dono* selbst aus und auch alle anderen Akteure, die in den Gemeinden unanfechtbare Machtpositionen einnahmen, waren mit ihm verwandtschaftlich oder geschäftlich verbunden. Im Sinne einer Teile-und-herrsche-Strategie steuerte er aus dem Gefängnis heraus die miteinander konkurrierenden oder gar verfeindeten Akteure, die er in den unterschiedlichen Machtsphären – *tráfico*, Bewohnerschaftsvereine, lokales Business – installiert hatte. Mit dem Eintritt von PAC begannen auch staatliche Akteure eine zentrale Rolle innerhalb dieses Machtgefüges zu spielen und dieses erheblich zu verschieben.

»Bandido bonzinho«: der Statthalter des Herrschers als lieber Bandit?

Während sich das *Comando Vermelho* auf überlokaler Ebene als loses Netzwerk organisiert hat (siehe Kap. 2.3), ist der Herrschaftstypus der einzelnen Gangs innerhalb der Favelas extrem hierarchisch. Bis heute hängt seine Form von sozialen Beziehungen oder Verpflichtungen eines *dono*, wie ein lokaler Gebieter des *comando* bezeichnet wird, in seiner *comunidade* ab und bewegt sich zwischen einem gewaltsamen Paternalismus und einem offenen Terrorregime. Da der langjährig inhaftierte *dono* der ›Mandelas‹ eine zentrale Machtposition in der gesamtstädtischen Organisationsstruktur des CV innehatte, war er in der Lage, seine Territorien aus dem Gefängnis heraus zu beherrschen. Dafür setzte er einen Statthalter ein, der die lokalen Drogengeschäfte weitgehend autonom führte und ihn auch ansonsten als lokaler Herrscher vertrat. Ich nenne ihn im Weiteren ›Paulo‹.

Nach eigener Aussage stammte Paulo, den ich zweimal interviewt habe (2010, 2012), nicht aus einer Favela, sondern ist in einer gläubigen adventistischen Familie auf dem *asfalto*, also im formellen Teil der Stadt, aufgewachsen. Wegen einiger Überfälle mit Todesfolge, zu denen er sich nach seiner betriebswirtschaftlichen Ausbildung an einer Fachschule und seiner Militärzeit habe hinreißen lassen, sei er mit einer zehnjährigen Haftstrafe im Hochsicherheitsgefängnis von Bangu gelandet. Dort saß auch die kollektive Spitze (i.O. *cúpula*) des *Comando Vermelho* ein. Wegen seiner vergleichsweise hohen Bildung sei Paulo während der Haft zu ihrem Sprecher gegenüber der Gefängnisverwaltung aufgestiegen. Als er 2007 entlassen wurde, habe ihm der *dono* der »Mandelas« als ein Mitglied dieser *cúpula* die Führung seiner Geschäfte angetragen – eine Bitte, die er nicht habe abschlagen können, obwohl er nie als *traficante* gearbeitet und sein Leben lang keine Drogen angerührt habe.

Im Verlauf der beiden offen in einem einfachen Restaurant geführten Gespräche, die ich aber nicht aufnehmen durfte, hatte der unauffällig gekleidete Mittdreißiger keines der bei Bossen üblichen Herrschaftszeichen – massiver Goldschmuck, teure Markenkleidung, kriegsbewaffneter Begleitschutz – bei sich. Gleichwohl machte er unmissverständlich klar, dass er nicht nur für die Drogengeschäfte, sondern für alle gemeinschaftlichen Belange der fünf Mandela-Gemeinden verantwortlich sei. Er habe eine »Administration« aufgebaut, so seine Worte, die ihrem eigenen »Rhythmus« folge und sich in einigen Dingen von benachbarten Favelas abhebe. Diese Administration, so Paulo, beinhalte eine kühl kalkulierte Geschäftsführung seines Drogenhandels auf der Grundlage einer betriebswirtschaftlichen Logik. Geschäftsschädigende Zusammenstöße mit der Polizei vermeide er soweit als möglich. Invadiere ein mörderischer, bis an die Zähne bewaffneter Polizeitrupp die »Mandelas«, wie dies ab und zu vorkomme, liefere er sich anders als die benachbarten *Comando*-Bosse keine Feuergefechte, sondern ziehe seine Jungs, Waffen und Waren in Wohnhäuser zurück und warte, bis die Polizei wieder abziehe. Ihm sei wichtig, dass in seinen *comunidades* Ruhe herrsche, daher lasse er seine Jungs nicht mit Maschinenpistolen in den Straßen patrouillieren und Leute einschüchtern. Tatsächlich waren großkalibrige Gewehre und Kriegswaffen im Alltag der »Mandelas« weit weniger präsent als in den Straßen und Ecken benachbarter Siedlungen, die ebenfalls unter der Herrschaft eines *Comando-Vermelho*-Bosses standen.

Die Funktion des CV-Statthalters beinhaltete für Paulo auch die »Rechtsprechung« und, so drückte er es aus, die »Vollstreckung meiner Urteile«. Diese folgten weder offiziellem Recht noch einem kollektiven Beratungssystem, sondern ausschließlich seinem individuellen Verständnis von Ordnung und Gerechtigkeit. So setze seine Administration die im *comando* übliche »Wer-stiehlt-stirbt-Regel« nicht um, sondern reduziere Gewalt auf ein erforderliches Minimum. Innerhalb des CV erwachse ihm daraus kein Problem, solange die Geschäfte funktionierten und er

niemandem etwas schulde. Ungefragt sprach Paulo darüber, dass er nur dann töte, wenn er sich dazu gezwungen sehe. Dies gelte vor allem, wenn jemand einen Menschen ohne Berechtigung ermordet habe, oder wenn durch Verrat sein eigenes Leben gefährdet sei.

Diese Narration entsprach der Sichtweise der allermeisten Leute, mit denen ich in den Mandela-Gemeinden gesprochen habe. Paulo galt als besonnener Herrscher, der keine willkürliche und überflüssige Gewalt anwende. Entsprechend des traditionellen Gerechtigkeitskonzepts der Favela, das weniger auf einem Begriff der Menschenrechte als auf einem sozialen Ehrenkodex im Rahmen des informellen Selbstregierens gründet, lehnten die meisten meiner Gesprächspartner:innen Gewalt nicht generell ab. Sie verabscheuten lediglich willkürliche Gewaltformen, die nicht zwischen einer unbescholtenen Arbeiterschaft (i.O. *trabalhadores*) und den kriminellen »Jungs der Bewegung« (*meninos do movimento*) unterschied. So kursierte in den ›Mandelas‹ eine respektvolle Erzählung, wonach Paulo geweint habe, als er einen engen Vertrauten, der der Polizei unter Folter lokale Kommandostrukturen verraten hatte, haben töten müssen, weil ein solcher Verrat sein Leben gefährdet hätte.

Allerdings schien sich Paulos Aussage, Diebstahl nicht mit dem Tod zu bestrafen, in der Realität nur auf ein erstmaliges Vergehen zu beziehen. So ermordeten zur Zeit meiner Recherche offenbar *Comando*-Mitglieder eine crack süchtige jugendliche Mutter, da sie zum wiederholten Male innerhalb der Favela gestohlen habe, um ihren Drogenbedarf decken zu können. Außerdem war in den Mandela-Gemeinden allgemein bekannt, dass Paulo einige Jahre vor meinen Recherchen eine mit ihm liierte Frau vermeintlich im Affekt auf der Straße erschossen hatte, da sie ihn angeblich hintergangen und öffentlich bloßgestellt habe. Auch seine Herrschaft gründete so auf einer mörderischen Willkür und allein ihm, dem CV-Statthalter, war die Macht zu töten gegeben. Allerdings, so erzählten diverse Leute, habe sich Paulo gegenüber dem inhaftierten *dono*, der sich ebenfalls als bewohnerfreundlicher Herrscher inszenierte, für den Mord verantworten müssen und darüber fast sein »Amt« verloren.

Jenseits des Drogengeschäfts schien der *dono*, der das Image eines sich wie Robin Hood für seine *comunidade* einsetzenden Banditen vom alten Schlag genoss, seinem Statthalter auch ein soziales und lokalpolitisches Verantwortungsgefühl vermittelt zu haben. Obwohl es nicht sein Job sei, so betonte Paulo mehrfach, fühle er sich in der Tradition des *dono* für die *comunidade* verantwortlich. Oft schicke er seine Jungs zur Apotheke, wenn Leute ein Medikament bräuchten, oder lasse ihnen eine *cesta basica*, einen Korb aus essentiellen Produkten und Nahrungsmitteln wie Reis und Bohnen zusammenstellen, wenn sie in Not seien. Tatsächlich galt Paulo in den ›Mandelas‹ als ein »*bandido bonzinho*«, ein »lieber Bandit« vom alten Schlag, der sich für die Gemeinschaft engagiere. »Er hat den Willen«, so sah es etwa die Vizepräsidentin eines Bewohnerschaftsvereins (Interview 2010), »die Gemeinschaft

zu verbessern, die Kinder und die Alten zu unterstützen. Er macht eigentlich eine Arbeit, die durch die Stadtverwaltung, den Staat gemacht werden müsste. Die aber kommen immer nur vor den Wahlen und versprechen alles Mögliche.«

Paulo sah sich nach eigenen Angaben (Interview 2010) gezwungen, selbst »Projekte zu initiieren«, um die örtlichen Lebensbedingungen zu verbessern, denn die Vorsitzenden der Vereine nahmen ihre Verantwortung nicht wahr. Die Verachtung, die er ihrer »Dummheit und Unfähigkeit« entgegenbrachte, verwies darauf, dass sie nicht von ihm selbst, sondern vom *dono* eingesetzt worden waren. Es sei absurd, dass ausgerechnet X alle Mandela-Gemeinden offiziell gegenüber dem Staat repräsentiere, da er ein Bandit sei, der sich durch PAC die eigenen Taschen fülle. Der hier abfällig verwandte Begriff des Banditen vermittelte, dass X – im Gegensatz zu Paulo selbst – gegen den Ehrenkodex und das Legitimitätskonzept der Favela verstieß, weil er ihm überantwortete Bewohner:innen in seinem Amt ausplünderte.

Immerhin wohne X in Mandela und sei für Nöte der Bewohnerschaft ansprechbar, so relativierte Paulo sein Verdikt, während eine weitere Präsidentin noch nie in der Favela gelebt habe. Hier spielte er auf Vanessa an, die von ihrem Ehemann als dem Bruder des *dono* in das Amt einer Vereinspräsidentin gehievt worden war (siehe unten).

Da die Ortsvorsitzenden kein Projekt zustande gebracht hätten, habe Paulo sie zu einer Versammlung »eingeladen« und sie »gebeten«, sich im Rahmen der PAC-Intervention für den Erhalt des von ihm gestifteten Fußballplatzes einzusetzen. Obwohl er aus offiziellen Urbanisierungsplänen bereits gestrichen gewesen sei, habe der Sportplatz nun sogar ein Dach und einen festen Boden bekommen. Auch der geflieste Swimmingpool, den er »seine Jungs« auf dem zentralen Platz von Mandela I habe bauen lassen, sei für den Abriss vorgesehen gewesen. Erst auf seine »Bitte« hin hätten die Präsident:innen erfolgreich darauf bestanden, dass der »für die Kinder so wichtige Pool« in die PAC-Planungen integriert und sogar saniert worden sei.

Es ärgere ihn, so erzählte Paulo, dass die Vereinsvorsitzenden trotz ihres korrupten Agierens auf offiziellen Fotos zusammen mit dem Bürgermeister, dem Gouverneur und sogar dem Präsidenten Brasiliens zu sehen seien, während er selbst, der wirklich für die Belange der Leute einstehe, sogar für Verbrechen verfolgt werde, die er gar nicht begangen habe. Zu Unrecht hänge ihm die Polizei schwere Straftaten wie den Abschuss eines ihrer Hubschrauber an und bedrohe seine unbescholtene Ex-Frau, die mit ihrem gemeinsamen Kind auf dem *asfalto* lebe.

Diese Beschwerden und Aktionen des lokalen Drogenbosses offenbarten die paradoxen Effekte seiner widersprüchlichen gesellschaftlichen Position: Er bekannte sich zum ersten dazu, als Krimineller (»*criminoso*«) und Drogenhändler (»*traficante*«) zu Recht von der Justiz verfolgt zu werden; zum zweiten inszenierte er sich als Bewohner, der für seine Favela soziale Verantwortung übernehme und daher zu Unrecht gesellschaftlich geächtet sei; zum dritten argumentierte er als Staats-

bürger, dessen bürgerliche Rechte eine illegal operierende Polizei substantiell verletze. Zugleich distanzierte sich Paulo von anderen Kadern der Bewohnerschaft, die der *dono* offenbar aufgrund verwandtschaftlicher Verpflichtungen oder eines geschäftlichen Kalküls eingesetzt hatte. Denn diese waren selbst aus Sicht seines Statthalters weder moralisch noch bezogen auf ihre Fähigkeiten für ihr kommunitäres Amt geeignet. Nicht zuletzt veranschaulicht diese Abgrenzung des faktisch amtierenden Drogenbosses von anderen Kadern vor Ort, dass all diese Statthal tenden und anderweitig Einflussreichen, die der *dono* gewähren ließ, in inniger Feindschaft miteinander verbunden waren und gemeinsam von dessen Teile-und-herrsche-Spiel abhingen.

Marionetten oder Bandit:innen, Profitmachende oder sich Kümmernde? Die Vorsitzenden der Bewohnerschaftsvereine

Obwohl er zunächst nur die armselige Landbesetzung Mandela Nova präsidiert hatte, die im Verlauf der PAC-Intervention als erste abgerissen und aufgelöst wurde, gelang es X, die jenseits des Drogenbosses mächtigste Position vor Ort zu erlangen. Denn er repräsentierte nach einer stillen Übereinkunft zwischen dem *dono* und den für das Urbanisierungsvorhaben politisch und administrativ Verantwortlichen alle Mandela-Gemeinden gegenüber dem Staat.

X war der Sohn eines regional bekannten Banditen und hatte für den *tráfico* gearbeitet, bevor er den Bewohnerschaftsverein des besetzten Embratel-Areals Nova Mandela übernahm. In den ›Mandelas‹ hieß es, er habe die »Soldaten« seines Bruders, der das CV einer nahegelegenen Favela kommandierte, an ihren Kriegswaffen trainiert, eine Fähigkeit, die er beim Militär gelernt habe. X selbst erzählte im Interview (2010) über seine Herkunft folgendes:

»Ich bin in einem Loch aufgewachsen, im Schlamm, in einer Hütte auf der Schlanginsel. Ich weiß, wie es ist, zu hungern, ich weiß, wie es ist, wenn man ohne Jacke rausgehen muss, wenn man morgens aufwacht und kein Brot hat, und ich verließ die Schule, damit ich dem Essen hinterherlaufen kann. Elf Geschwister [...] und mein Vater war im Gefängnis. Meine Mutter war arbeitsunfähig, mit elf Kindern.«

Als einer der ersten Besetzer:innen von Mandela de Pedra hatte X eine Hütte am Kanal errichtet, die jedoch nach und nach absackte. Nachdem eine Überschwemmung sein Hab und Gut vernichtet hatte, gelang es ihm, in die Koordination der vom *tráfico* organisierten Besetzung der Embratel-Brache einzusteigen und dort ein Häuschen aus Ziegelsteinen zu errichten. Im Interview erzählte er, wie er zum Präsidenten des neu gegründeten Bewohnerschaftsvereins gewählt wurde: »Die Gemeinde wählte mich nach der Besetzung der Embratel. Die Leute sahen in mir eine Führungspersönlichkeit, denn damals kam die Polizei und unterdrückte die

Gemeinde sehr stark, aber ich habe weitergemacht. Ich schulde niemandem etwas, ich bin ein Arbeiter, ich habe nur einen Platz für meine Familie gesucht.»

In Mandela war allerdings allgemein bekannt, dass der inhaftierte *dono* X als den Bruder eines benachbarten CV-Bosses zum Präsidenten des vom *tráfico* organisierten Besetzungsareals bestimmt habe. Auch er selbst deutete dies im Interview zumindest an: »Ich bekam die Bewohnerschaftsvereine, weil die Leute, deren Namen ich nicht aussprechen muss, meine Arbeit in der Embratel gesehen haben und sie mir gegeben haben.« Der Plural »die Bewohnerschaftsvereine« verweist darauf, dass er offiziell zwar nur als Präsident von Mandela Nova registriert war, faktisch jedoch drei weitere Vereine beherrschte. Seinen autokratischen Gestus verhüllte er nicht:

»Wegen des Mutes, den ich hatte, habe ich schließlich auch andere Gemeinden in der Umgebung übernommen, also im Fall von Mandela, Varginha, Samora Machel. Und was tat ich? Ich sah die Arbeit, die P. in der Gemeinde leistet, und ich behielt ihn. Ich setzte Vanessa [geänderter Name, SL] in Mandela 1 und G. in Mandela 2 ein, und verwaltete sie von außen. Nur gab es einige Probleme, die es immer gibt, Streitereien in den Führungen, also haben wir uns von einigen getrennt. Nun setzen wir unsere Arbeit fort und bemühen uns um Verbesserungen für die Gemeinschaft.«

Einer Favela-Tradition folgend, offenbarte X hier ein feudalistisches Herrschaftsverständnis, wonach autokratisch regierende männliche Vorsitzende der Vereine nicht als deren abwählbare Repräsentanten, sondern als deren *donos* (Eigentümer) gelten – vergleichbar mit den Drogenbossen, denen allerdings die Favela als Ganze zugesprochen wird.

Als die Landes- und Stadtbehörden schließlich das PAC-Vorhaben ankündigten, trat X ihnen als offizieller Vertreter aller Mandela-Gemeinden entgegen. In einer gemeinsamen Sitzung, so konnte er wohl glaubhaft vermitteln, hätten ihn alle Vereine zu ihrem Repräsentanten gewählt. Hinter vorgehaltener Hand war jedoch von Teilnehmenden an dieser Wahlsitzung zu erfahren, dass sich X, seine Hand ostentativ auf die umgeschnallte Schusswaffe gelegt, selbst in dieses Amt eingesetzt habe. Handstreichartig setzte er später einen zunächst im Amt belassenen Präsidenten ab und übernahm dessen Verein selbst. Eine weitere *comunidade*, deren offizieller Präsident G. sich X bedingungslos unterordnete, »verwaltete« er »von außen.«

Als einziger Vereinspräsident der damals fünf Mandela-Gemeinden hatte G. keinen Background im *tráfico*, sondern war ein sozialer Gemeinschaftsaktivist der alten Schule. Er sei als junger Mann aus Brasiliens Nordosten nach Rio migriert, um sein Glück zu suchen, habe in den 1990er Jahren seine Wohnung auf dem *asfalto* verloren, weil sein Industriebjob nur noch zur Hälfte bezahlt worden sei, und sich danach gezwungen gesehen, auf einer Brachfläche in Mandela eine Hütte zu

errichten (Interview 2012). Als Analphabet lernte er erst in der Erwachsenenschule des CCAP (vgl. Kap 5.3) lesen und schreiben. Viele Jahre engagierte er sich politisch für soziale Fragen, wurde daher von seinem Vorgänger als Vize in den Verein geholt und schließlich zum Vorsitzenden gewählt.

Als einziger Gemeindevorsitzender nahm G. am basisdemokratischen *Fórum Social de Manguinhos* teil, das sich kritisch mit PAC auseinandersetzte. G. war überzeugt, dass »nur die Regierung davon profitiert, wenn wir nicht zum Forum gehen«, so erzählte er, aber sein Versuch, X davon zu überzeugen, sei gescheitert. Vielmehr schaltete dessen autoritäre Agenda, die die Interessen des *tráfico*, der ihn eingesetzt hatte, mit jenen der Behörden, die ihn finanzierten, ausbalancieren musste, jede kritikbedingte Störung einer reibungslosen Implementation von PAC mithilfe von Drohungen aus. G. war nicht in der Lage, X Paroli zu bieten und unterwarf sich dessen Administration, zumal er froh war, in ihm »einen *companheiro* gefunden zu haben, der für dieselbe Sache kämpft« – nämlich für die Investitionen von PAC, dessen Resultate ihn weitgehend zufriedenstellten: »Leute haben in den Risikogebieten gelebt, mit nur einem Raum, zusammen mit Ratten, Kakerlaken, allen möglichen Insekten und heute leben dieselben Leute gut, denn sie wohnen in einem Apartment, mit zwei Zimmern, Bad, Spielflächen, Balkon.« (Ebd.)

X wiederum entfaltete im Interview ein Narrativ, wonach die hohen Investitionen, die PAC in den ›Mandelas‹ platzierte, maßgeblich seinen Aktivitäten geschuldet seien. Während andere lokale Führungspersonlichkeiten (i.O. *lideranças*) staatliche Urbanisierungspläne nur kritisch beäugt hätten, habe er den Gouverneur bereits Jahre vor dem Start von PAC gebeten, auf dem Embratel-Gelände Sozialwohnungen zu errichten. »Ich schloss eine gute Freundschaft mit ihm«, »Sie hätten sehen sollen, wie er mich behandelt hat, er zog mich auf die Bühne hoch, um mit mir zu reden. Dann kam die ganze Presse aus Rio, um mich zu interviewen [...], für ihn gab es nur mich, seine Sicht lag nur auf mir, er sprach von allen *lideranças* nur meinen Namen an.« X gab im Interview (2010) zu, von den Entschädigungen profitiert zu haben, die die Behörden den Embratel-Besetzer:innen für den Abriss ihrer Hütten zukommen ließen:

»Ich habe einiges gewonnen, bekam mein Auto, aber ich hatte ein Gewerbe im Embratel-Gebiet, ich hatte ein gutes Haus [...]. Ich hatte also einige eigene Besitztümer, die ich zu nutzen wusste, verstehen Sie? Das hat mir geholfen, denn ich begann, in andere Dinge zu investieren. Was ich verdient habe, habe ich außerhalb investiert. Und ich hatte die Anerkennung der Regierung, sie gaben mir eine gute Arbeit.«

Letzteres verweist auf seinen gut bezahlten Job, der darin bestand, als *agente comunitário* Probleme zu beseitigen, die der Staatsbaufirma EMOP bei der Umsetzung von PAC in der Favela begegneten. Seine Schilderung offenbart ein klientelistisches Verhältnis, das in geradezu klassischer Weise den mächtigsten regulären Repräsen-

tanten der Favela persönlich an den Chef der Landesregierung band, um ihn für die Umsetzung des PAC-Programms zu kooptieren. Um in »seinen Favelas« dessen reibungslosen Ablauf zu garantieren, erhielt X öffentliche Anerkennung, einen Job als *agente comunitário* und erhebliche finanzielle Zuwendungen. Er selbst interpretierte seine persönlichen Gewinne, für die er sein Amt instrumentalisierte, als legitim:

»Was mich motiviert ist, dass ich meiner Familie helfe und den Leuten, die es wirklich brauchen, und dieses Wissen, dass es mal einen Präsidenten gab, der für die Gemeinschaft gekämpft hat und der etwas getan hat, verstehen Sie? Und deshalb bekomme ich diese Anerkennung. Sie können mich einen Dieb nennen, aber verdammt, was ich getan habe, hat kein anderer Präsident getan. Verstehst du mich, Mann? Keiner! Und ich habe die Art und Weise, wie die Präsidenten hier in Manguinhos agieren, geändert, weil früher jeder von ihnen individuell gesagt hat, »schau, ich habe meinen Politiker, ich gehe mit ihm in meine eigene Ecke [...]«. Ich tat das nicht [...], ich sagte, Mann, lass uns für die Gemeinschaft kämpfen [...]. Es hieß, »nein, du bist verrückt! Du wirst tot wieder auftauchen« und ich weiß nicht was. Aber ich: »Lass es uns versuchen.« Und deshalb haben wir die Anerkennung aller bekommen, verstehen Sie? Das ist es also, was mich motiviert hat. Zu sehen, wie diese Kinder aus dem Schlamm herauskommen, meinen Sohn auf einem kleinen Platz wie diesem hier spielen zu sehen, das ist eine Freude, eine Freude!«

Bei diesen Worten deutete er auf den als Bestandteil von PAC errichteten Spielplatz, auf dem wir unser Interview führten. Diese offensive und emotionale Selbstverteidigung gegenüber den in den Mandela-Gemeinden kursierenden Anwürfen, er sei eine korrupte und machtgierige Marionette sowohl des *tráfico* als auch der Regierung, sowie die Ernsthaftigkeit, mit der X die Aufgaben und Schwierigkeiten seines Amtes reflektierte, lässt erahnen, dass die vorherrschende Erzählung womöglich eine etwas komplexere Realität verbarg. Eine Figur wie X spiegelt sowohl die Effekte der existenziellen Bedürftigkeit vieler Bewohner:innen dieser ärmsten Favelas von Rio, als auch die alle *comunidades* beherrschenden Gewaltverhältnisse, die staatliche Apparate mit erzeugen und für politische Interessen instrumentalisieren. In seiner Figur manifestiert sich so jene Ambivalenz und Doppelbödigkeit, die die Favela insgesamt charakterisiert: Mit Blick auf den in der Favela herrschenden Ehrenkodex bereicherte er sich einerseits auf eine illegitime Weise, da er seine Machtposition mithilfe massiver Gewaltandrohungen dafür missbrauchte, Ortsansässige auszubeuten. Andererseits reflektierte er die Bürde, die er als Präsident für eben diese Leute hatte, in einer für die kollektive Selbstorganisation der Favela charakteristischen Form. Selbst sein Intimfeind Paulo rang sich im Interview das Zugeständnis ab, dass X wenigstens für die Bewohnerschaft ansprechbar sei, wenn sie ihn brauche.

»Es ist kompliziert, Präsident zu sein, man steht zwischen Kreuz und Schwert, man muss mit der Regierung zurechtkommen, mit Leuten, die sehr viel lügen, man muss auch mit Leuten auf der anderen Seite zurechtkommen, die einen ganz anderen Rhythmus haben, man muss mit einem misshandelten Bewohner zurechtkommen, das ist so viel. Man muss mit einer Familie von Leuten auskommen, man nennt sie *donos da favela*, um es ganz klar zu sagen, man muss inmitten der Banditen auskommen, eines Drogenhändlers, der glaubt, wir seien ihnen unterlegen, der uns überfahren will: ›Ey, du wirst das so machen, und wenn nicht, rede ich mit meinem Bruder, der dich umbringen wird.‹ Wir müssen uns also einer Menge Dinge unterwerfen, als Präsidenten der Vereine, das kannst du dir nicht vorstellen.«

Aus dieser präzisen Analyse der schier ausweglosen und lebensgefährlichen Einklemmung von Ortsvorsitzenden, die sich dem Gewaltregime der Favelas nicht widerstandslos unterordnen wollen, schlussfolgerte er:

»Ein Beispiel: Ein Bewohner beschwert sich, dass es bei ihm keinen Strom gibt, ›morgen möchte ich, dass du dies, dies und das tust‹, aber es ist kompliziert. Wir müssen wie gute Psychologen sein, wir müssen die Präsidenten vereinen, um einander in einer Zeit wie dieser zu helfen, keiner von uns darf den anderen schocken, oder zusehen, wie das Blut des anderen vergossen wird. Ich glaube, es ist so: Wenn ich die unterschiedlichen Stärken der Präsidenten zum Beispiel in der Varginha, in Mandela sehe, der eine kennt den Vertreter der *Light* [Rios Stromversorger, SL], der andere jenen der CEDAE [Rios Wasser- und Abwasserversorger, SL], ich aber nicht, dann werde ich um Hilfe bitten: ›Hey, hilf mir doch, der Otto hier ist ohne Strom‹, oder ›hilf mir, er ist ohne Wasser‹. Also brauchen wir diese Partnerschaft, wenn nicht, sind wir alle gespalten, nach dem Motto, rette sich wer kann, ich reparier nur mein Eigenes.«

Als die Apartmentbauten auf dem Embratel-Gelände schließlich bezogen waren, übernahmen Gebäudebevollmächtigte, die von den neuen Bewohner:innen zu wählen waren, die Rolle der bisherigen *associação de moradores*. Faktisch setzte X all diese Bevollmächtigten ein und regierte, in seiner Ausdrucksweise, auch sie nun »von außen«. Seiner direkten Kontrolle entzog sich lediglich eine der vier nach dem Abriss von Mandela Nova verbliebenen Vereinigungen.

Deren Präsidentin, die ich Vanessa nenne, war die Ehefrau von Z, der als Bruder des inhaftierten *dono* die Geschäfte einer zum *Comando Vermelho* gehörenden irregulären Kleinbus-Linie führte. Z war es gelungen, Vanessa in dieses Amt zu hieven, obwohl sie nie in Manguinhos gelebt hatte und dort über keinerlei soziale Netzwerke verfügte. Lediglich Z selbst stammte von dort, war aber längst weggezogen. Das Amt war zu dieser Zeit verweist, weil Z einen ihm nicht genehmen Präsidenten hatte ›zurücktreten‹ lassen. Vanessa war eine hochambitionierte junge Frau, die aus sehr armen Verhältnissen im ländlichen Amazonien stammte, aber über eine gute

Ausbildung verfügte, die sie sich offenbar sehr hart erarbeitet hatte. Unverblümt erzählte sie im Interview (2010), sie habe sich für das Amt der Ortspräsidentin interessiert, weil es ihr ermöglicht habe, im Rahmen des PAC-Vorhabens nicht nur Rios Bürgermeister, sondern auch den Gouverneur des Bundeslandes und selbst den brasilianischen Präsidenten kennenzulernen. Diese »Berühmtheiten«, so ihre Kalkulation, könnten bei ihrer angestrebten politischen Karriere behilflich sein: »Stellen Sie sich vor, dass ich eines Tages eine Position habe, von der ich profitieren kann. Ich bin nicht wegen dem Complexo de Manguinhos hier, meine Vision ist es, aus Brasilien raus zu gehen.« Inhaltlich verknüpfte sie diese Vision mit einer sozialen Agenda im Sinne des von ihr verehrten Präsidenten Lula da Silva:

»Ich gehe nicht in die Politik, damit ich Dollars in meinen BH, in meinen Slip, in meine Strümpfe stecken kann, um reich zu werden, nein. Mein Ziel in der Politik ist ein soziales, die Möglichkeit zu haben, ins Ausland zu gehen, Ressourcen einzubringen, die Realität nicht nur von Rio de Janeiro, sondern auch von meiner sehr, sehr armen Stadt im Norden zu zeigen.« (Ebd.)

Tatsächlich gelang es Vanessa mithilfe ihrer von nationalen Fernsehsendern ausgestrahlten Auftritte mit den genannten »Berühmtheiten«, von einer Kleinpartei als Kandidatin für das brasilianische Parlament aufgestellt zu werden. Bis zum Antritt als Vereinspräsidentin war sie weder politisch aktiv gewesen, noch hatte sie in Rio über soziale Netzwerke verfügt. Vielmehr war Vanessa ihren Angaben zufolge auf der Suche nach Jobs durch verschiedene Städte gezogen und hatte sich als alleinerziehende Mutter mehr schlecht als recht durch das Leben schlagen können, bevor sie zufällig ihren späteren Ehemann kennenlernte, dessen Wohlstand auf ein mafiöses, an den *tráfico* gekoppeltes Business gründete.

Ihr gemeinsamer Fernsehauftritt mit Präsident Lula habe auch sie berühmt gemacht: »Alle sind durchgedreht, so dass ich in meiner Kirche eine Berühmtheit bin. In Nilópolis, Campo Grande, wo ich hinkomme und die Leute den Fernsehbericht gesehen haben, bin ich eine Berühmtheit.« Während sie im Interview konkrete Fragen zu Mandela oder zu PAC nur knapp und allgemein erörterte, schilderte sie umso ausführlicher ihren persönlichen Weg, der sie von Fernsehberichten zu den PAC-Events über erste politische Kontakte auf einer »Parteiversammlung mit nur illustren Leuten« bis hin zu einer erfolgreichen Kampagne für ihre Nominierung als Parlamentskandidatin geführt habe. Erstmals habe sie dafür eine Rede halten müssen: »Oh Jesus, dachte ich, worüber soll ich denn reden? Nur vor Leuten, die diese Sprachen sprechen, dieses Geschäft, über Politik und ich weiß nicht, worüber. Ich weiß nichts über Politik, ich weiß nur etwas über Mandela, was soll ich sagen?« (Ebd.)

In Mandela überließ Vanessa Debatten und Entscheidungen zu PAC ihrem Kollegen X. Da sie ihm nicht in die Quere gekommen sei, habe er im Gegenzug versprochen, ihre Kandidatur zu unterstützen. Obwohl sie einer in Geschlechterfra-

gen reaktionären Pfingstgemeinde angehörte, nahm sie als Ortspräsidentin feministische Positionen ein und distanzierte sich vom Macho-Habitus männlicher Führung: »Der Mann will immer etwas schlagen, will explodieren, [...] kann etwas nur durch Schreien lösen.« Sie kritisierte, dass lediglich zwei der 14 Gemeindevorsitzenden in Manguinhos weiblich waren. Ihr größtes Problem bestehe darin, als Frau in dieser Führungsrolle anerkannt zu werden: »SL: Von der Bewohnerschaft selbst? V: Nein, nicht von ihr. Im Verhältnis zu anderen Präsidenten, sogar zur Regierung. Die Regierung, die Präfektur, alle eingeschlossen. Sie glauben nicht, dass diese Frau in der Lage ist, zu übernehmen.« (Ebd.) Vanessa gründete eine Frauengruppe, führte Selbstermächtigungskurse durch und stellte ein rein weibliches Team auf.

Ihre Vizepräsidentin Dona B. war eine altbekannte Sozialaktivistin der Favela, die als frühere Banditin ebenso gefürchtet war wie als kein Blatt vor den Mund nehmende Kritikerin lokaler Herrschaftsstrukturen. Als einzige von all jenen, die offiziell die Bewohnerschaft repräsentierten, kritisierte diese Aktivistin vom alten Schlag, die allgemein als nicht korrupt galt, mir gegenüber die lokalen Machtverhältnisse: Der *tráfico* sei früher sozial gewesen, sacke heute aber den gesamten Profit selbst ein. Sogar für sie sei es undurchschaubar geworden, wer mit wem zusammenarbeite und wer wen bekämpfe. »Das schlimmste ist, dass auch die Vorsitzenden der *associações* korrupt sind und bei PAC massiv in die eigene Tasche wirtschaften. Und wer etwas dagegen sagt« – hier senkte sie spürbar die Stimme, obwohl niemand in der Nähe war – »läuft Gefahr [i.O. *corre risco*, SL]« (ebd.).

Dona B. war nicht die einzige Vizepräsidentin, deren Autonomie und Furchtlosigkeit beeindruckte. Eine herausragende weibliche Führungspersönlichkeit der ›Mandelas‹ war auch die Vizepräsidentin von X, die ich Luciana nenne, auch sie eine in Manguinhos aufgewachsene frühere Banditin, die in den *tráfico* verwickelt und mit einem später ermordeten Drogenhändler verheiratet gewesen war. Ihre beiden Söhne und ihre Tochter alleine erziehend, hatte sie am Existenzminimum in einer selbstgebastelten Hütte in Mandela de Pedra gelebt. Schon dort hatte sie sich in der *associação de moradores* unter einem Präsidenten vom alten Schlag engagiert, der später von X abserviert wurde, weil er zu kritisch gegenüber PAC war. Später führte Luciana die Besetzung des Embratel-Geländes mit an und mauerte sich dort ein Ziegelhäuschen. Sie erkrankte aber an Tuberkulose, konvertierte während ihres monatelangen Krankenhausaufenthalts zu einer Pfingstkirche und gründete schließlich eine eigene Pfingstgemeinde auf dem besetzten Areal der Embratel. Gemeinsam mit X begann sie frühzeitig mit der Landesregierung das PAC-Vorhaben zu verhandeln, war immer mit in der ersten Reihe, auch auf einem gemeinsamen Foto mit Präsident Lula da Silva, und schaffte es wie die meisten anderen Leader:innen durch illegale Trickereien, sich mehrere Apartments zu organisieren, die sie später vermietete. Ihre Geschichte als Gründerin einer Pfingstgemeinde diskutiere ich ausführlich in Kapitel 7.3.

Vanessa wiederum war zwischenzeitlich gezwungen worden, als Präsidentin zurückzutreten. Dem Vernehmen nach hatte sie die Landesregierung öffentlich für die schlechte Behandlung der zu entschädigenden Ortsansässigen kritisiert, worüber sich der für PAC zuständige Vizegouverneur bei X beschwert habe. Ihre eigene Sprachregelung war, dass sie sich aus der ersten Reihe zurückgezogen habe, um ihre Wahlkampagne als Politikerin zu organisieren. Bereits drei Wochen später war sie wieder in das Präsidentinnenamt zurückgekehrt und allein, dass dies einschließlich ihr selbst niemand offen kommentierte, deutete auf eine im Hintergrund verlaufene Intervention des *dono* hin.

Ähnlich wie X instrumentalisierte Vanessa das Amt der Ortspräsidentin für persönliche Zwecke. Auch sie, die nie in dieser *comunidade* gelebt hatte, wurde nicht demokratisch gewählt, sondern von einem Vertrauten des *dono*, ihrem Ehemann, ernannt. Ihr, die einen wohlhabenden Ehemann hatte, ging es allerdings nicht um materiellen Profit, sondern um eine persönliche politische Karriere, als deren Sprungbrett das durch PAC ins öffentliche Licht gerückte Präsidentinnenamt diente. Auch hier wäre es zu simpel, die Geschichte auf diese illegitime Instrumentalisierung zu verkürzen. Denn ähnlich wie die beiden angesprochenen Vizepräsidentinnen verfolgte Vanessa eine feministische, die männliche Gewaltherrschaft kritisierende Agenda und eine kooperative Form des Regierens im Team. Dies dürfte im Complexo de Manginhos eine zwar widersprüchliche aber gleichwohl bedeutsame Spur mit Blick auf eine geschlechtergerechtere *comunidade* hinterlassen. Letztlich demonstriert auch ihre Geschichte, dass Versuche, die Favela eindimensional zu erzählen und eindeutig zu erklären, an ihrer vielschichtigen und widersprüchlichen Realität abprallen.

Sonstige Strippenziehende der »lokalen Macht«

Jenseits des Statthalters der Drogengang und der Vorstände der Bewohnerschaftsvereine ergänzten einige singuläre Figuren, deren Einfluss auf die *comunidades* eher im Hintergrund ablief, das Tableau der lokalen Machtverhältnisse.

Dass vor allem die Macht der etwa 60-jährigen Dona R. kaum zu überschätzen war, zeigte sich schon daran, dass ich zu Beginn meiner Recherchen nur ihr einen zwingenden Antrittsbesuch abzustatten hatte. Dona R. war die Mutter eines früheren Statthalters des *Comando Vermelho*, der später mehrere CV-beherrschte Favelas als *dono* übernommen hatte. Obwohl auch er seit Jahren im Gefängnis saß, verfügte er innerhalb der Gang über großen Einfluss. Über strafrechtlich nicht belangte Familienangehörige investierte er seine Drogengewinne Insidern zufolge in weit verzweigte Unternehmungen bis hin zu Immobilieneigentum in der wohlhabenden *Zona Sul*: »Diese Familie lebt nur deshalb noch in der Favela, weil es auf dem *asfalto* für sie zu gefährlich wäre«, erzählte eine lokale Vizepräsidentin im Interview (2010). In den »Mandelas« war dieser Sohn von Dona R. ein Mythos. Mehr

noch als dem *dono* haftete ihm das Image eines Robin Hoods an, dem das Wohlergehen seiner *comunidades* mehr am Herzen gelegen habe als sein persönlicher Profit.

Auch vier ihrer fünf anderen Söhne hielten bedeutsame Positionen im *Comando Vermelho* inne, dies allerdings nur teilweise im bewaffneten Drogenhandel. So leitete einer das profitable *gatonete* im Complexo de Manginhos. Dieser Alltagsbegriff bezeichnet ein piratenartiges Geschäftsmodell und subsummiert die illegale Erfassung der über Kabel oder Satellit übertragenen Signale des bezahlten Fernsehens oder des Breitband-Internets und ihren äußerst profitablen Verkauf. In der Regel beherrschen Drogengangs oder Milizen dieses illegale Business. Für viele in der Favela lebende Menschen stellt das *gatonete* die einzige Möglichkeit dar, Bezahlender oder Internet zu empfangen, weil sie sich die offiziellen Preise nicht leisten können oder weil die Provider sich weigern, mit ihnen Verträge abzuschließen.

Auch Dona R. selbst hat diverse Unternehmen gegründet, darunter einen außerhalb der Favela gelegenen Recyclinghof und eine Art Volksküche, für die sie öffentliche Subventionen eintrieb. Als Matriarchin ihrer durch illegale Geschäfte zu Wohlstand und mithilfe des Drogenclans zu Macht gelangten Familie genoss sie nicht nur in den ›Mandelas‹ hohes Ansehen. Selbst Politiker:innen in Regierungsverantwortung machten ihr regelmäßig ihre Aufwartung, wenn sie Wahlstimmen ›kaufen‹ oder öffentliche Vorhaben umsetzen wollten. So diente Dona R. einem von Rios Bürgermeistern als *cabo eleitoral*, also als Mittelsfrau, die mithilfe ihrer Autorität möglichst viele Ortsansässige darauf verpflichten sollte, ihm ihre Wahlstimme zu geben. Gestützt durch die Macht ihrer CV-Söhne zog sie in den ›Mandelas‹ viele Fäden im Hintergrund. Beschloss das *comando* etwa, jemanden wegen einer substantiellen Regelverletzung zu töten, baten die Angehörigen meist Dona R., ihren Einfluss geltend zu machen, um das Leben des Totgeweihten zu retten. Sie war allerdings bekannt dafür, sich nur dann einzumischen, wenn sie das Urteil für falsch hielt.

Eine ähnlich einflussreiche Rolle wie Dona R. und ihre Söhne hatte lediglich der bereits angesprochene Z, obwohl er nicht im Complexo de Manginhos lebte. Als Bruder des *dono* hatte er mit dessen Kapital gemeinsam mit Dona R. eine Kleinbus-Linie gegründet, die eine große Strecke in der *Zona Norte* abdeckte. Diese auf Vans zurückgreifenden Linien des Personennahverkehrs hatten sich in den frühen 2000er Jahren in Gegenden von Rio ausgebreitet, die von regulären Buslinien gar nicht oder nur mangelhaft bedient wurden – also insbesondere in den von großen Favela-Komplexen geprägten Stadtteilen der urbanen Nord- und Westzone. Sie agierten damals in einer rechtlichen Grauzone, waren streng genommen irregulär und wurden daher wie die *gatonete* oder das Spielautomatengeschäft (i.O. *caça-níqueis*) meist von mafösen Strukturen etwa der Drogenclans oder der Milizen beherrscht. Auch die Spielautomaten kontrollierte in Manginhos bezeichnenderweise ein Mittelsmann des *dono*.

Der Einfluss von Z nahm innerhalb von Manguinhos weiter zu, als er über seine Ehefrau Vanessa auf die offizielle Repräsentationsinstanz der Bewohnerschaft zugreifen konnte. Noch entscheidender war allerdings, dass die Bauunternehmen, die die PAC-Maßnahmen umsetzten, sein Unternehmen damit beauftragten, ihre Baustellen zu sichern. Offiziell ließen sie Z eine »Einladung« zur Übernahme dieser Funktion zukommen, weil sie den Auftrag hatten, möglichst viele Jobs in der *comunidade* zu schaffen. Allerdings war die vorher zuständige Polizei nicht in der Lage gewesen, regelmäßige Diebstähle von Baumaterial zu unterbinden. Nachdem Z den Auftrag übernommen hatte, begannen als Securitys auftretende *Comando-Vermelho*-Soldaten das Gelände zu sichern. Spätestens als die Exekution eines von ihnen gefassten Diebes in Manguinhos allgemein bekannt wurde, endeten die Diebstähle.

Mit dem Statthalter des Drogengeschäfts, dem offiziellen Repräsentanten aller Bewohnerschaftsvereine sowie dem einflussreichen Unternehmer und Chef der Baustellensicherung von PAC waren die drei mächtigsten Männer der Mandela-Gemeinden dem inhaftierten Chef des herrschenden Drogenclans direkt rechenschaftspflichtig. Geschäftlich war dieser zudem mit der Familie von Dona R. als den einzig weiteren unanfechtbaren Akteuren vor Ort eng verbunden. Als Mutter eines anderen CV-Bosses und als *primeira dama* (First Lady) von dessen Familie verfügte sie über erheblichen Einfluss innerhalb des *comando*. Zugleich war sie Unternehmerin und lokale Anlaufstelle für führende Politiker:innen der Stadt, um Wählerstimmen zu »kaufen« oder um öffentliche Interventionen gegen etwaige Widerstände durchzusetzen.

Personen, die gegen diese in vielerlei Hinsicht von Staatsbediensteten gestützte und instrumentalisierte Machtkonfiguration opponierten, hatten schon vor Ankunft von PAC gefährlich gelebt. Der Zugriff auf immense Gelder, die dieses Megavorhaben in die Favelas spülte, radikalisierte allerdings die Bereitschaft, im Weg stehende Akteure per Androhung und Ausübung von Gewalt ruhig zu stellen. Zudem veränderte er die Position der Vereinsvorsitzenden. Bis zum Eintritt von PAC hatten noch sozial Engagierte vom alten Schlag einige der Vereine repräsentiert, angesichts der Herrschaft des *tráfico* und der Ignoranz des Staates gegenüber Manguinhos' immensen Problemen allerdings wenig ausrichten können und kaum über Macht verfügt. PAC veränderte diese Position auf einen Schlag. Die Regierung benötigte die Vereinsvorsitzenden nun als Ansprechpersonen der Gemeinden und beteiligte sie an der Platzierung exorbitanter Mittel. Sie erlangten Zugriff auf immense Gelder, die recht mühelos in die eigenen Taschen umdirigiert werden konnten. Diese vom *tráfico* gesteuerten Operationen spülten ganz andere Typen in die Ämter, die nach Profit und Anerkennung strebten und selbst wie skrupellose Gangster agierten. Zwar blieben sie dem *tráfico* prinzipiell unterworfen, erlangten aber im Zuge ihrer Funktion für das Urbanisierungsvorhaben staatlichen Schutz und so eine eigenständige Machtposition, die der *tráfico* nur mit einem hohen

Risiko angreifen konnte. Diese Post-PAC-Präsident:innen verwischten so die Differenz zwischen organisierter Kriminalität und politischer Repräsentation der Bewohnerschaft bis zur Unkenntlichkeit.

6.4 Okkupation oder Befriedung? Das Regime der Befriedungspolizei

Am Sonntag, dem 14. Oktober 2012 drangen noch vor fünf Uhr morgens mehr als 2000 Polizei- und Marinekräfte unterstützt von 13 Militär- und fünf Polizeipanzern sowie von zehn Hubschraubern der Zivil- und Straßenpolizei in die benachbarten Favela-Komplexe von Manguinhos und Jacarezinho ein. Ihre Besetzung durch diese *Operation Befriedung Manguinhos* verlief ohne Konfrontationen und dauerte nur 20 Minuten. Panzer und Bagger zerstörten dabei die vom *tráfico* errichteten Straßenblockaden.

Die Angehörigen des *Comando Vermelho* hatten die Favela bereits vor der Aktion verlassen, die einen Tag vorher offiziell angekündigt worden war. Lediglich einige Dutzend Crack-Konsumierende nahm die Polizei vorläufig fest und beschlagnahmte zudem kleinere Drogenmengen und einzelne Waffen. Begleitet wurde die gigantische militärische Operation von temporären Gewalteinmärschen der Polizei in benachbarte Favelas: »Eine Operation des Sondereinsatzbataillons der Militärpolizei (BOPE) endete mit der Erschießung von fünf Verdächtigen [...] in der Nordzone von Rio. Die Aktion ist Teil einer Strategie, mit der verhindert werden soll, dass Banditen aus dem Complexo de Manguinhos und aus Jacarezinho entkommen«, berichtete etwa Rios größte Tageszeitung am Folgetag (O Globo, 15.10.2012).

Fünf Stunden nach Beginn der Okkupation hissten Uniformierte aller beteiligten Truppen auf dem zentralen Platz von Manguinhos die Flaggen von Rio und Brasilien »als Symbol für die Ankunft der Befriedung. Container, die als Basis für die Polizei dienen sollen, sind bereits vor Ort eingetroffen.« (Ebd.) Gouverneur Sergio Cabral kündigte an, bis zum Jahresende die »befriedende Polizeieinheit« zu installieren und versprach eine Reihe von öffentlichen Vorhaben, die die polizeilichen Maßnahmen begleiten und durch das PAC-Programm finanziert werden sollten. Rios Sicherheitsminister

»Beltrame sagte, die Operation bringe Frieden in die Gemeinschaften, gebe das Gebiet an die Bewohnerschaft und die Linha Amarela und die Avenida Brasil [beides Stadtautobahnen, SL], die die Region durchqueren, an die Stadt zurück. ›Leider haben sich in der Stadt diese Inseln der Gewalt gebildet, die das freie Kommen und Gehen der Menschen verhindert haben. Jetzt werden wir die Verkehrsadern und Transportwege, auf denen die Bevölkerung große Angst hatte, wieder zurückführen und wenn Gott will, werden wir ab heute keinen Gazastreifen mehr haben«, sagte der Minister.« (Agência Brasil, 14.10.2012)

Er bat »die Bewohner:innen der Gemeinden, die auf Verlangen ihre Ausweis-papire vorzuzeigen haben, um Mitarbeit und hält es für wichtig, dass die Bevölkerung der Polizei hilft, Kriminelle und Versteckte für Drogen, Waffen und gestohlene Gegenstände ausfindig zu machen« (O Globo, 15.10.2012).

Im Januar 2013 bezog schließlich in den Mandela-Gemeinden und in den jenseits der Rua Leopoldo Bulhões gelegenen *comunidades* von Mangueiras je eine »befriedende Polizeieinheit« (UPP) die für sie montierten weißen Container. Im Juni und Juli 2013 sowie im März 2014 und 2015 habe ich die Praktiken und Effekte bei der UPP-Stationen beobachtet und dafür mit ihren Kommandanten, mit Ortsansässigen, lokalen Führungspersonlichkeiten und patrouillierenden Polizeikräften gesprochen. Der Fokus der Recherchen lag auch hier auf den Mandela-Gemeinden. Erste Eindrücke aus dem Alltag der nun besetzten Gemeinden schildert das folgende Zitat aus meinem im Juni 2013 angefertigten Forschungstagebuch:

»Auf den ersten Blick scheint sich nur wenig verändert zu haben. Allerdings stehen auf dem zentralen Platz von Mandela jetzt die mit einem riesigen UPP-Logo bedruckten weißen Container, in denen die »Befriedungseinheit« stationiert ist, umringt von einigen Polizeiautos und Motorrädern. Ansonsten sind so gut wie keine Motorräder mehr zu sehen, sie gehörten den Drogenjungs, waren illegal und wurden von der Polizei offenbar aus dem Verkehr gezogen. Die Kinder und Jugendlichen des *tráfico* sind jetzt mit dem Fahrrad oder auf einem Pferd unterwegs. Die Polizei patrouilliert ostentativ und durchquert mit ihren Fahrzeugen auffällig oft die Favela. Zu Fuß sind sie in der Regel zu dritt unterwegs, immer nur Männer, wobei mindestens einer seinen Zeigefinger über dem Abzug seines Maschinengewehrs hält – ununterscheidbar vom herkömmlichen Habitus und Äußeren der Militärpolizei bei ihren Favela-Einsätzen. Sie postieren sich meist dort, wo früher die *bocas* [Drogenverkaufsstellen, SL] waren und wo teilweise, wenn keine Polizei in der Nähe ist, noch jetzt die Jungs rumhängen, um Drogen zu verkaufen. Von der Wohnung aus kann ich eine der alten *bocas*, die noch funktioniert, einsehen. Die Uniformierten stören die Jungs dort häufig, sie scheinen zu wissen, dass sie dealen.

Alle Schusswaffen außer denen der Polizei, und das ist die auffälligste Veränderung, sind aus dem Straßenbild verschwunden. Die Leute nehmen im öffentlichen Raum offenbar keinerlei Kontakt zu den Polizeikräften auf, sie ignorieren sie, als wären sie Luft. In unseren Gesprächen hören wir immer wieder, dass der *tráfico* verboten habe, mit den UPPlern zu sprechen und es daher gefährlich sei, dies doch zu tun. Ein älterer Friseur und später auch zwei andere Bewohner erzählen, dass zwei Leute, die kurze Zeit nach der Okkupation einem UPP-Beamten ein Glas Wasser gereicht hätten, später getötet worden seien. Ob das stimmt oder ein urbaner Mythos ist, ist für mich nicht nachprüfbar. Offensichtlich sind aber viele Leute eingeschüchtert und haben Angst.

Auch die Uniformierten machen jenseits von Personenkontrollen keinerlei Anstalten, Kontakt mit den Leuten aufzunehmen. Häufig ist zu hören, dass ihr Verhalten tagsüber ein ganz anderes sei als während der Dunkelheit. Tagsüber, so die allgemeine Meinung, lassen sie fast alles durchgehen. So ist die Musik, die aus einigen Häusern oder den *boomboxes* an den *bocas* dringt, immer noch ohrenbetäubend laut. Allerdings werden keine *Proibidão*-Songs mehr gespielt. Nur Kinder und Jugendliche tragen oft kleine Recorder auf ihrem Fahrrad mit, die zum Teil sehr laut und in provokativer Nähe zu Polizeipatrouillen verbotenen Funk spielen. Trotzdem habe ich hier nie eine polizeiliche Reaktion gesehen. Nachts hingegen kontrollieren die UPPler oft vor allem Jugendliche und durchsuchen aggressiv ihre Taschen. Häufig, so erzählten mehrere Leute, werde dabei zugeschlagen. Berichtet wird von polizeilichen Drohungen gegenüber Bewohner:innen, die sie sich über eine solche Brutalität beschweren. Eine ältere Frau erzählte, sie sei gewarnt worden, einen Polizisten anzuzeigen, der ihren Sohn verprügelt hatte. Er wisse wo sie wohne, so habe er gedroht, und komme dann eben im Morgengrauen, um sie zu töten. Dieses traditionelle und allseits bekannte Verhalten der Militärpolizei scheint sich in der sogenannten Befriedungspolizei also fortgepflanzt zu haben.

In den ›Mandelas‹ gibt es keine Hinweise auf eine Geschäftsbeteiligung der Polizei am Drogenhandel. Allgemein wird aber erzählt, dass es in den jenseits der Rua Leopoldo Bulhões gelegenen *comunidades* von Manguinhos, wo eine andere UPP-Einheit stationiert ist, einen Deal zwischen dem Kommandanten und dem *tráfico* geben soll. Dieser dürfe gegen »Gebühr« unbehelligt Drogen verkaufen, solange nirgendwo Waffen zu sehen seien. Tatsächlich funktioniert dort die größte *boca* völlig unbehelligt. Wie vor der UPP-Besatzung liegt der Stoff offen auf kleinen Tischen und wird direkt an der Straße vertickt – allerdings ist weniger ›Verkehr‹ als früher und es sind keine Waffen zu sehen.

Die wie früher stets männlichen Verkäufer und Chefs an den *bocas* sind viel jünger als ehemals. Diverse Leute haben sich beschwert, dass sie unverschämt seien und sie nicht mehr respektierten. Einige sehnen sich nach der klaren Ordnung vor der UPP-Okkupation zurück. Vor allem aber regen sich viele darüber auf, dass sie jegliche Art von Feierlichkeit – sogar ›den Geburtstag der Tochter in der eigenen Wohnung‹ – von der UPP genehmigen lassen müssen und dass alles, was Lärm macht, nur bis 22⁰⁰ dauern darf.«

Friedensgarantin oder Besatzungsmacht? Die UPP aus der Alltagsperspektive der Bewohnerschaft

In Alltagsgesprächen war von älteren Ortsansässigen und der lokalen ›Mittelschicht‹ viel Zustimmung zur UPP zu hören. Gott sei Dank, so hieß es oft, seien das ewige Chaos und der nächtliche Lärm der Funkpartys vorbei. Der Eintritt der Polizei offenbarte, dass die ostentative Herrschaft der Drogengangs gerade

einer tendenziell konservativen Mittelschicht mit formalen Jobs außerhalb der Favela hochgradig zuwider gewesen war. So erzählte ein langjähriger, in seiner Jugend aus der Amazonasmetropole Belem nach Rio migrierter Bewohner, der einen Hausmeisterjob in Ipanema innehatte, er habe keine Probleme mit den »Drogenjungs« gehabt, da sie ihn immer respektiert hätten, fühle sich seit der »Befriedung« aber sicherer. Ähnlich äußerte sich eine junge CCAP-Mitarbeiterin: Eltern müssten nicht mehr befürchten, dass ihre Kinder in Schussgefechten mit der Polizei von »*balas perdidas*« (dt. verirrte Kugeln) getroffen würden. Auf den Straßen gehe keine Gefahr mehr von den Motorrädern der *traficantes* aus und auf die stets von einer Verwicklung in den Drogenhandel gefährdeten Jugendlichen wirke sich das Verschwinden der negativen Vorbilder sehr positiv aus.

Gewerbetreibende, mit denen ich sprach, sahen dies ähnlich, obwohl sie angaben, seit der Installation der UPP erhebliche Verluste einzufahren. Dies betraf nicht nur Restaurants, Bars oder Boutiquen, sondern selbst Friseurgeschäfte und ähnliche Läden des Alltagsbedarfs. Auch Leute, denen der Profit des *comandos* nur indirekt zugutegekommen war, so die überzeugende Erklärung der Handelstreibenden, verfügten nun über weniger Geld. Denn die *traficantes* hatten die Favelas nicht verlassen können und ihre Einkünfte dort ausgegeben. So erzählten zwei Funktionäre eines Ortsvereins (Interview 2014): »(P-) Die Leute haben ihre Geschäfte nicht geschlossen, aber viele beschwerten sich, dass der Verkauf stark zurückgegangen ist. (E.:) Meine Nachbarin sagte, sie habe 300 Real am Tag gemacht und jetzt mache sie, wenn sie Glück habe, 300 pro Woche.« Einige Geschäfte habe die Polizei dichtgemacht, offiziell wegen eines fehlenden Gewerbescheins, faktisch jedoch, weil sie von *traficantes* betrieben worden seien. Dazu gehörten ein hochmodernes Fitnesscenter, das Paulo als vermeintlich legale Investition kurz vor dem Polizeieinmarsch eröffnet hatte, und eine ihm ebenso gehörende *lanchonete* (dt. Schnellrestaurant).

Im Gegensatz zur eher kleinbürgerlich orientierten Favela-Mittelschicht reziptierten Ortsansässige, die in sichtbar prekären Verhältnissen lebten, die Befriedung eindeutig negativ:

Erstens sahen sie sich als Hauptleidtragende der eingebrochenen Geldzirkulation. Ihre Chancen auf ein Einkommen innerhalb der Favela hatten sich drastisch verringert, jene im formalen Arbeitsmarkt auf dem *asfalto* nicht verbessert. Auch jenseits von Jobs war es schwieriger geworden, an Geld zu gelangen. So entfielen Unterstützungen durch Verwandte, Befreundete oder Leute aus der Nachbarschaft, die oder deren Söhne Geld in der Drogenökonomie verdient hatten. Am häufigsten beklagten sie den dramatischen Einkommensverlust durch das Verbot der Funkpartys, was wohl insofern zu relativieren ist, als über andere Mittel des Gelderwerbs nicht gerne gesprochen wurde. Tatsächlich hatten aber mehrere Hundert Familien vom Essens- und Getränkeverkauf auf den Funkpartys gelebt, die der Drogenboss allwöchentlich für Abertausend Tanzwütige, von den viele aus anderen Stadtteilen anreisten, veranstaltet hatte. »Der Baile, ob es uns gefällt oder nicht,

hat vielen Familien geholfen. Wir hatten viermal im Monat über 400 Leute, die dort Sachen verkauft haben und darauf angewiesen waren, um ihre Rechnungen bezahlen und ihre Familien ernähren zu können«, so ein Ortspräsident (Interview 2013). »Heutzutage haben sie nichts mehr. Die Partys dürfen nicht mehr stattfinden, obwohl der *tráfico* verschwunden ist und wir das richtig organisieren könnten. [...] Schon bisher musste jeder Stand eine Gebühr an die *associação* bezahlen, damit wir die Straße säubern und unser Personal oder die Beleuchtung bezahlen konnten.« (Ebd.)

Zweitens beklagte diese Gruppe den Verlust der alten Ordnung, in der das Gesetz des *tráfico* gegolten hatte. Die Gegenwart erlebten sie als Chaos, da es keinen unangefochten regierenden *chefão* mehr gab, der seine Ordnung rigoros durchsetzte und zugleich für sie ansprechbar war. Mit der Polizei konnten und wollten sie nicht reden, weil es als gefährlich galt, weil ihre Kinder in den *tráfico* involviert oder sie selbst auf irreguläre Einkünfte angewiesen waren. Zudem hatten sie ihr Leben lang nur eine Polizei kennengelernt, die gewaltsam in die Favela einmarschiert war, Bewohner:innen bei Hausdurchsuchungen bestohlen, Deals mit Drogenbossen ausgehandelt, Verdächtige hingerichtet und bürgerliche Rechte nicht respektiert hatte. Einige Eltern erzählten, ihnen sei die Kontrolle über ihre Söhne entglitten. Paulo, der Drogenboss, habe sich gekümmert, wenn Kinder Mist gebaut oder ihre Eltern bedroht hätten. Ihren Söhnen sei es bewusst gewesen, dass es lebensgefährlich war, gegen Gesetze des *tráfico* wie das Verbot, in der Favela zu stehlen, zu verstoßen. Ihr 15-jähriger Sohn, um den sich früher Paulo gekümmert habe, stehle und respektiere sie nicht mehr, so klagte eine Frau (Interview 2013). Eine am Gespräch beteiligte Aktivistin erzählte später, Paulo habe dem Sohn damals gedroht, dass er sterben müsse, wenn er nochmals klaue und die Regeln nicht respektiere, danach sei Ruhe gewesen.

Selbst der Ortspräsident konstatierte: »Damals hatten wir Anordnungen wie wenn du stiehlt, kriegst du deine Strafe, wenn du etwas falsch machst, kriegst du deine Strafe, heute nicht mehr. Heute wissen die Menschen, dass Sie nicht bestraft werden. [...] Heute müssen wir sagen: ›Schließ deine Tür ab, schließ dein Fenster‹, denn es ist nicht mehr dasselbe, es gibt sogar Raubüberfälle.« (Interview 2013) Sogar ein Pastor einer Pfingstgemeinde (Interview 2014), der den *tráfico* verabscheute, klagte am Beispiel eines nachbarschaftlichen Konflikts: »Du weißt nicht mehr, an wen du dich wenden sollst. Wenn du auf eine Seite zurückgreifst, liegst du falsch, wenn du auf eine andere zurückgreifst, irrst du auch.« Früher habe er sich an den örtlichen Präsidenten gewandt, dessen Autorität der *tráfico* gewährleistet habe. Heute wäre dies wirkungslos, nicht einmal Jugendliche nähmen die Ortsvorsitzenden mehr ernst. »Ich kann mich nicht an einen Banditen wenden, weil ich ein Christ bin, und ich kann mich nicht an das Gesetz wenden, weil ich dann ein X9 wäre, Sie wissen, was ich meine. Sie sind dem System unterworfen.« X9, das

Synonym für Spitzel, verweist hier darauf, dass sich der Pastor in Lebensgefahr begeben hätte, wenn er sich an die »Befriedungspolizei« gewandt hätte.

Andere Leute erzählten, in vielen Familien uferten Streits nun in Gewalt aus, um die sich niemand mehr kümmere. Männer schlugen ihre Frauen, es gäbe Vergewaltigungen, Dinge würden aus Wohnhäusern gestohlen. Selbst Menschen mit Kindern, die mit Blick auf den *tráfico* im schwierigsten Alter waren – Söhne wegen der tödlichen Gefahr, in ihn involviert zu werden, Töchter wegen des Risikos, von Banditen gewaltsam »erobert« zu werden –, fühlten sich deutlich unsicherer als vor der Polizeibesetzung. Sie sprachen über Paulo respektvoll als *dono*, *padrão* (dt. Patron) oder gar als *coronel* (dt. Oberst, so wurden im Nordosten Brasiliens die quasi-feudalistisch herrschenden Grundherren bezeichnet). Seine Autorität deuteten sie positiv, denn er habe eine verlässliche Ordnung produziert und sei für Probleme bedürftiger Leute ansprechbar gewesen. Noch nach dem Ende seiner Herrschaft nahmen solche Milieus Paulo als »*bandido bonzinho*«, als »lieben Banditen« wahr, eine Einschätzung, die viele Leute auch in meinen vor 2013 geführten Gesprächen ausgedrückt hatten. Aus ihrer Sicht war der seit Jahrzehnten verankerte Normenkodex weiterhin gültig, der einem quasi-feudalistischen Herrscher der Favela das Recht zugestand, eine autoritäre Ordnung zu etablieren, gewaltsam durchzusetzen und ihre Verletzung mithilfe von Selbstjustiz zu sanktionieren, wenn er im Gegenzug die damit einhergehende Pflicht erfüllte, seine Untertanen zu schützen und zu unterstützen.

Drittens herrschte in dieser Gruppe die Wahrnehmung vor, die polizeiliche Besetzung habe zu einem Verlust der die Favela charakterisierenden Freiheiten geführt. Auch dies brachte ein Ortspräsident (Interview 2013) auf den Punkt: »Natürlich hat es Veränderungen gegeben, wir haben nicht mehr diesen bewaffneten *tráfico* [...]. Aber auch unsere Freiheit hat sich verändert, das ist die Wahrheit, Mann, wir haben keine mehr.« Dieses Verlustgefühl bezog sich auf verschiedene Dimensionen von Freiheit:

Zum einen ging es um die Freiheit, sein Leben ohne formelle Regeln und staatliche Bürokratien gestalten zu können. Dies war insbesondere für Menschen ohne reguläre Einkünfte und formelle Jobs von Bedeutung. Einige empörten sich, dass die UPP gegen Um- und Ausbauten von Gebäuden eingeschritten und sogar kleine Läden oder Verkaufsbuden mit Bulldozern zerstört habe. Letztere, so ist anzumerken, hatte Paulo als Reaktion auf den Verlust von Gewerberäumen durch die PAC-Intervention in der neuen Embratel-Siedlung errichten lassen und vermietet.

Zum anderen bezog sich die Klage über den Freiheitsverlust auf die Kultur der Favela. Sie machte sich am Verbot der Funkpartys oder des geselligen Zusammensitzens bei lauter Musik auf den nächtlichen Straßen fest. Meine Beobachtung, dass Bars ihre Lautsprecher immer noch auf die Straßen stellten, nahmen viele Bewohner:innen anders wahr. Die an kleinbürgerlichen Verhaltensregeln orientierte Mittelschicht der Favela hingegen begrüßte es, dass die UPP die bis in die Mor-

genstunden gefeierten Funkpartys mit ihrer ohrenbetäubenden Lautstärke oder das nächtelange Dröhnen von *Proibidão*-Funk aus den *boomboxes* der *bocas* gestoppt hatte. Wegen ihrer pornographischen und die Gangs verherrlichenden Lyrics hassten gerade Konservative und Pfingstbewegte die *Proibidão*-Songs, denen sie sich nicht entziehen konnten, sowieso.

Bezogen auf ihre Wahrnehmung der UPP spaltete sich die Bewohnerschaft so in zwei Lager, die sich entlang von Klassenpositionen und alltagskulturellen Orientierungen sortierten. Vor allem sozial besser Gestellte mit formalen Jobs, Ältere und Konservativere begrüßten die ›Befriedungspolizei‹. Sie profitierten vom Ende der stets lebensgefährlichen Gewalt, von der neuen Ordnung und Sicherheit ihrer Kinder sowie vom Wegfall der Gangster als soziale Rollenmodelle und willkürliche Herrscher über ihre Gemeinschaften. Ärmere hingegen, die in prekären Situationen lebten, litten unter dem Verlust der Geldströme, die der Drogenhandel in die Favela gelenkt hatte, unter dem Wegbrechen irregulärer Einkünfte und Bautätigkeiten. Zugleich traf sie der Wegfall der vorherigen Ordnung, die der in schwierigen Situationen meist adressierbare Drogenboss Paulo repräsentiert hatte. Da die UPP keine sie stützende neue Ordnung installierte, galt sie ihnen als Besatzungsmacht, die ihre kulturellen Alltagspraktiken unterbinde, sie gängele und sie umerziehen und »zivilisieren« wolle. Letztlich verorteten sie die UPP innerhalb der jahrzehntelangen Reihe staatlicher Versuche, die Favela und ihre Kultur auszulöschen.

Allerdings durchlöcherten Generationszugehörigkeiten und alltagskulturelle Orientierungen die Eindeutigkeit dieser Klassenspaltung. Ungeachtet ihrer prekären sozialen Lage befürworteten etwa die meisten evangelikalten Gläubigen aufgrund ihrer moralischen Werte die UPP. Dagegen kritisierten in der Favela aufgewachsene und oft selbst auf eine kriminelle Vergangenheit zurückblickende (stets männliche) Pastoren armer Pfingstgemeinden, dass die UPP zwar eine polizeiliche Besatzungsmacht installiert, aber keinen sozialen Wandel angestoßen habe: »Sie kamen nur herein, um Ordnung zu schaffen«, beschwerte sich Pastor Na. (Interview 2013), »sonst haben sie nichts verbessert [...]. Verbessert hat sich, dass ich niemanden mehr sehe, der bewaffnet ist und der Lärm hat sich sehr verbessert [...], aber sozial ist alles gleichgeblieben.« Pastor N. wiederum sah in der UPP eine »symbolische Macht, die in der Realität nicht funktioniert«. Sie sei »mit der Ansage angekommen, ›jetzt sind wir hier, jetzt könnt ihr dies und das und jenes nicht mehr tun.« Sie habe sich für alles verantwortlich erklärt, aber keinerlei Hilfe organisiert. »Zum Beispiel haben die Menschen im hinteren Teil von Mandela de Pedra diesen Haufen Müll, der dort liegt und jeden Tag beschwerten sie sich, dass sie Hilfe brauchen, aber die UPP tut nichts. [...] Hat es eine einzige Veränderung gegeben, ist ein einziges soziales Projekt hierhergekommen? Haben Sie irgendetwas gesehen?«

Viele Jugendliche wiederum lehnten, auch wenn sie studierten oder Jobs auf dem *asfalto* besaßen, die ›Befriedungspolizei‹ ab, weil sie sich von ihr gegängelt und ihrer kulturellen Ausdrucksmöglichkeit sowie nächtlichen Freizeitgestaltung beraubt fühlten. Gerade ›szenig‹ gestylte Jugendliche wurden von Patrouillen aggressiv behandelt, weil die UPP ihnen pauschal eine Mitgliedschaft im *tráfico* unterstellte.

Alle Ortsansässigen, mit denen ich geredet habe, betonten zugleich, dass die UPP keine der von der Politik versprochenen sozialen Vorhaben mitgebracht habe. Niemand kannte das Programm oder die Equipe der *UPP Social*. Das Engagement dieses Zweipersonenteams (Interview 2014) schien sich darin zu erschöpfen, an Besprechungsrunden lokaler Einrichtungen zur Diskussion örtlicher Probleme teilzunehmen. Selbst Leute, die das Befriedungsprogramm befürworteten, kritisierten diese soziale Leerstelle (siehe Kap. 3.4). Sie forderten, für Jugendliche Ausbildungen anzubieten und die kaum noch funktionierenden Institutionen, die als Teil von PAC installiert worden waren, wieder in Gang zu setzen. Frustriert berichtete ein Pastor, er habe sich vergeblich dafür engagiert, in den ›Mandelas‹ ein Ausbildungszentrum für Jugendliche zu eröffnen. Das einzige, was die UPP gebracht habe, seien Fußballspiele mit Kindern, an denen sich selbst ihr Kommandant beteilige. »Sie sollten einen professionellen Kurs anbieten, einige Fachleute aus der Gemeinde zum Unterrichten versammeln, damit die Kerle Würde erhalten, ein Gehalt bekommen! Aber nein, die Aufgabe der Polizei ist es, uns dazu zu bringen, dem Ball hinterherzulaufen.« (Interview 2014)

Die Bewohnerschaft, so zeigen diese Aussagen, nahm die Versprechen der Regierung beim Wort, dass die befriedende Polizeieinheit nicht nur Ordnung herstellen, sondern auch öffentliche Dienste und soziale Vorhaben in die Favelas vermitteln würde. Auf eine paradoxe Weise kritisierte sie zum einen, die UPP habe ein polizeistaatliches und alle Regierungsfelder dominierendes Herrschaftsmodell errichtet. Zum anderen hieß es, sie werde im Gegensatz zum Drogenherrscher ihrer darin enthaltenen Verantwortung für die *comunidades* nicht gerecht.

Trotz der gigantischen öffentlichen Investitionen durch die Programme PAC und UPP herrschte daher in Manguinhos die traditionelle Wahrnehmung, vom Staat vernachlässigt zu werden, ungebrochen fort. Sie machte sich an Beispielen fest, die viele Leute besonders empörten. So habe PAC anstatt des versprochenen Krankenhauses nur ein medizinisches Zentrum für Diagnosen und Notfälle (i.O. *Unidade de Pronto Atendimento*, UPA) errichtet, in dem trotz vereinbarter Termine häufig nicht einmal Ärzte auftauchten. Durchgängig wurde auch eine häufig erlebte willkürliche Brutalität der ›Befriedungspolizei‹ kritisiert. Selbst Konservativere bezogen sich dabei positiv auf die aus dem *Movimento Passe Livre* (dt. Bewegung für Freifahrtscheine) hervorgegangene Protestbewegung gegen die Stadtentwicklung der Megaevents und die an sie gekoppelte Korruption, deren Demonstrationen im Juni 2013 Hunderttausende auf die Straße trieben und Rios öffentliche Räume und

Diskurse wochenlang prägten (vgl. Kap. 3.3). Wo immer ich damals in Wohnungen kam, liefen in den Fernsehern Liveberichte oder Debatten über diese größten Protestkundgebungen seit der Militärdiktatur.

Fast alle Leute, mit denen ich in den Mandela-Gemeinden gesprochen habe, ob sie nun die UPP befürworteten oder ablehnten, einte die Überzeugung, dass diese entgegen der Versprechungen der Regierung nicht dauerhaft bleiben, sondern nach dem Ende der Megaevents wieder abziehen werde. Ein die »Befriedung« befürwortender Pfingstpastor (N., 2013) drückte dies so aus:

»Die Olympischen Spiele werden zu Ende gehen, und dann werden die ganzen UPP verschwinden. [...] Gibt es irgendwelche Sportplätze in der Baixada [Fluminense, SL]? Nein, also wurden dort keine UPP installiert, nur hier. Das Geschäft ist hier, und hier endet alles. Die UPP ist sehr teuer. Niemand hier glaubt, dass sie bleiben wird, niemand glaubt deswegen an ihre Arbeit. [...] Und wenn sie weg ist, geht's wieder los. Dann werden die Jungs, die das Territorium verloren haben, viel übler wieder zurückkommen. Und dann heißt es ›ah, du warst der Typ, der mit denen geredet hat, hau ab!‹.«

Er ahmte bei diesen Worten eine Ohrfeige nach und ergänzte: »Wenn über die UPP gesprochen wird, versuche ich mich nicht einzumischen, ich versuche, keine Meinung abzugeben, [...] es gibt hier zu viele Menschen, die nicht anders sind als früher, es ist gefährlich.« Auch ein anderer Pastor war pessimistisch (Na., Interview 2013):

»Wenn die Olympischen Spiele vorbei sind, wird alles vorbei sein. Sie können schreiben, es wird alles vorbei sein! Ich bete zu Gott, dass das Schlimmste nicht wiederkommt, weil ich denke, dass es schlimmer zurückkommen wird; weil es einen Krieg geben wird zwischen den Fraktionen, der Feind von Fraktion A wird versuchen, das Gebiet der Fraktion A zu übernehmen, verstehen Sie?«

Befriedung, Territorialherrschaft, Umerziehung: die Mission der Kommandanten

Die Befehlshaber der beiden in Mangueiras installierten Stationen der ›Befriedungspolizei‹ legten ihre Rolle innerhalb der ihnen unterstehenden Gemeinden sehr unterschiedlich aus. Die folgende Analyse, die maßgeblich auf Interviews mit ihnen basiert, zeigt, dass sich der für die Mandela-Gemeinden verantwortliche Kommandant in der Nachfolge des *dono* als wohlmeinender Herrscher etablierte, während sein für die anderen lokalen *comunidades* zuständiger Kollege eine Position als für alle Fragen des Regierens verantwortlicher »Generaldirektor« zurückwies. Zunächst definierten beide ihre Aufgabe nahezu gleichlautend:

»Das äußerst lobenswerte Ziel der UPP ist die Herrschaft über das Territorium. Man darf nicht mehr zulassen, dass es ein Terrain gibt, in das die Staatsgewalt nicht eindringen kann, wo bewaffnete Gruppen die Bewohnerschaft unterjochen und ihnen eine dem Staat widersprechende Ordnung aufzwingen [...]. Das Projekt besteht nicht nur im Eintritt der Militärpolizei in die Gemeinde, sondern darin, den dort lebenden Menschen gemeinsam mit anderen Institutionen, die nun auch kommen, Würde zu bringen und effektiv die Lebensqualität zu verbessern.« (Hauptmann A, Kommandeur der Mandela-Gemeinden; Interview 2013; im Folgenden: A)

Sein Kollege beschrieb den schrittweisen Verlauf dieses Prozesses: »Also, der erste Moment ist diese Rückgabe des Territoriums und die Etablierung eines Friedensprozesses [...]. Und in einem zweiten Moment wirkt die Militärpolizei als ein weiterer sozialer Akteur, der gemeinsam mit anderen Organen bei der Integration hilft, Bedürfnisse, Probleme, mögliche Lösungen identifiziert.« Der Grundgedanke liege darin, »der Gemeinschaft Entwicklung zu bringen, Prävention zu betreiben, d.h. auf die Ursachen der Kriminalität einzuwirken und nicht nur verhindern, dass Verbrechen geschehen« (Hauptmann B, Kommandeur der sonstigen Gemeinden in Manginhos; Interview 2013; im Folgenden: B).

Beide Kommandanten kritisierten die bisherige Praxis der Militärpolizei, überfallartig in die Favelas einzudringen, sich Schussgefechte mit dem *tráfico* zu liefern, dabei die Bürgerrechte der Bewohnerschaft zu ignorieren und wieder abzuziehen. Sie sei mitverantwortlich für deren kritische Haltung gegenüber der Polizei:

»Wir versuchen ein Vertrauensverhältnis mit der Gemeinschaft aufzubauen, damit sie erkennt, dass sich die Haltung der Militärpolizei verändert hat. Der Grund, warum wir hier sind, ist die Bewohnerschaft. Es geht darum, die Rechte aller zu garantieren. Wir stehen vor einigen Schwierigkeiten, die nicht über Nacht gelöst werden können. Schließlich hat der Polizist [i.O. *o policial*, SL], wenn er zuvor in die Gemeinde kam, selbst wenn es gut gemeint war, eine für alle schädliche Konfrontationssituation mitgebracht. Es wird also Zeit brauchen, bis der Bewohner [i.O. *o morador*, SL] realisiert, dass der Polizeibeamte nicht hier ist, um Schaden anzurichten.« (A)

Das pragmatische Verständnis, das beide Kommandanten gegenüber den Irregularitäten der Favela aufbrachten, offenbarte ihre den *comunidades* zwar wohlgesonnene aber zugleich paternalistische Haltung. Sie fanden einen klugen Dreh, um die Zwickmühle zu umschiffen, die sich zwischen ihrer ersten Aufgabe, die Ordnung der Favela den Gesetzmäßigkeiten des *asfalto* anzupassen und ihrem zweiten Ziel, die lokalen Lebensverhältnisse zu verbessern, eröffnete:

»Nun, wir müssen zwischen Illegalität und Informalität unterscheiden. Illegalität impliziert ein Verbrechen, darauf müssen wir umgehend reagieren. [...] Im Hin-

blick auf die Irregularität verstehen wir, dass der Prozess der Besetzung und Entwicklung des Territoriums jahrzehntelang ungeordnet war, weil die Staatsgewalt nicht vorhanden war. Deswegen gibt es bei Fragen der Erhebung von Gebühren, der irregulären Besetzung des Bodens oder der irregulären Bauten keinen Zusammenstoß mit der UPP. Hier muss zunächst unsere Aufklärungsarbeit dem Bewohner [sic!] zeigen, dass er sich irrt und dann gehen wir diese Punkte ernsthaft an.« (B)

Auch der Kommandant der ›Mandelas‹ reagierte auf die irreguläre Faktizität der Favela pragmatisch, drohte aber zugleich an, ihr auf längere Frist durch erzieherische Maßnahmen und eine konsequente Durchsetzung der Gesetze ein Ende zu bereiten:

»Ich glaube nicht, dass es vernünftig ist, wenn der Staat mit der Schließung von Unternehmen einsteigt, die nicht ganz im Einklang mit der Gesetzgebung stehen. [...] Es ist notwendig, diese Bevölkerung zu betreuen, ihr Dienste anzubieten [...]. Ja, das Gesetz wird durchgesetzt werden müssen. Wir werden der Tatsache, dass es innerhalb der Gemeinschaft gebrochen wird, nicht ausweichen, so wie wir es auf dem *asfalto* auch nicht tun. Aber es gibt ein Verständnis für die Bedürfnisse der Bevölkerung, die heute das Interesse daran, das Gesetz mit aller Strenge durchzusetzen, überwiegt.« (A)

Beide Kommandanten folgten hier dem traditionellen bürgerlichen Diskurs, wonach die Irregularität der Favela keiner ökonomischen Logik fehlender Ressourcen, sondern einer ›Kultur der Armut‹ folge, die sich als Fehlverhalten institutionalisiert habe: »Ich sehe nicht«, so B, »dass es hier wirtschaftliche Schwierigkeiten gibt, sondern ich denke, dass das eine kulturelle Komplikation ist. Dieses Nicht-Bezahlen wurde toleriert, weil die Staatsgewalt nicht vorhanden war.« Die den öffentlichen Diskurs prägende Annahme, die UPP könne in den befriedeten Favelas den Drogenhandel beenden, hielten beide dagegen für illusorisch. Allerdings habe der *tráfico* mit der territorialen Herrschaft auch seine Anziehungskraft eingebüßt:

»Unser größtes Problem war die Idealisierung des Drogenhändlers. Der junge Mann sah den, der es an die Spitze geschafft hatte und sehnte sich nach seinem Status. Denn er war eine Person, die viel Geld hatte, die ein ausgezeichnetes Auto oder Motorrad fuhr und mit den schönsten Frauen ging. Das gibt es nicht mehr. Der noch existierende Drogenhandel ist extrem schüchtern im Vergleich zu dem, was er vorher war. [...] Diesen Status, von dem die jungen Männer geträumt haben, wird er nie mehr besitzen, weil sich Drogenhändler heute vor der Polizei verstecken und viel weniger verdienen als vor dem Eintritt der UPP.« (B)

Darauf angesprochen, dass der *tráfico* aus Sicht der Bewohnerschaft sehr wohl noch herrsche, antwortete B: »Der Drogenhandel hat keine reale Macht mehr. Die Macht,

die er vielleicht noch hat, liegt in der Vorstellung der Menschen, dass er immer noch das Territorium, die Gemeinschaft beherrscht. Wir sehen, dass sie Angst davor haben, dass die UPP eines Tages wieder abzieht.« Beide Kommandanten gaben sich felsenfest davon überzeugt, dass die UPP eine permanente Einrichtung bleibe und die Herrschaft der Gangs nicht zurückkehren werde. Sie zeigten zwar Verständnis für solche Ängste, erklärten sie aber als irrational. Beide Prognosen erwiesen sich mit der Abwicklung der UPP nur wenige Jahre später als irrig (vgl. Kap. 3.4).

Im Sinne ihrer offiziellen Definition deuteten beide Kommandanten die UPP als Paket aus der polizeilichen Herstellung von Sicherheit und Ordnung und dem sozialen Auftrag, die Lebensqualität und Teilhabechancen der Ortsansässigen zu verbessern. Dieser präventive Ansatz sollte nicht nur die Kriminalität selbst, sondern auch ihre Ursachen bekämpfen. Allerdings interpretierten beide die Funktion ihrer Truppe dabei sehr unterschiedlich. So reichte das Selbstverständnis des Mandela-Kommandanten weit über polizeiliche Aufgaben hinaus:

»Wir sind mit dem Bewusstsein angetreten, dass die Gemeinschaft nicht nur Repression braucht, sie braucht natürlich auch Führung. [...] Die Gemeinschaft muss sich an einige Normen, an Gesetzmäßigkeiten anpassen, von denen sie wegen der Macht des Drogenhandels nichts wusste. [...] Es liegt an uns als UPP, außer den Verbesserungen, die es in der Welt außerhalb des *tráfico* gibt, auch die dort bestehende Ordnung hier hinein zu bringen. Dies mag auf den ersten Blick unangenehm klingen, aber es ist äußerst gesund für die Gemeinschaft.« (A)

Dieser Kommandant wollte also nicht nur rechtsstaatliche Strukturen herstellen und zu einer besseren Versorgung mit öffentlichen Diensten beitragen, sondern lud seine Aufgabe moralisch auf. Er verortete die *comunidades* innerhalb eines Gut-böse- und eines Gesund-krank-Rasters und sah sich in der Rolle eines den Gemeinschaftskörper gesundenden Arztes ebenso wie in der eines moralische Werte vermittelnden Erziehers:

»Ich glaube, dass die älteren Menschen der Beginn der Gemeinschaft sind, der Gemeinschaft mit guten Menschen, mit bescheidenen Menschen. Diese haben diese Vorstellung davon, was die Gemeinschaft vor dem Joch des Drogenhandels war. Sie sind seit vielen Jahren Zeugen dieser perversen Herrschaft und heute beginnen sie die Hoffnung auf eine Rückkehr zu dieser Vergangenheit zu haben, auf eine Gemeinschaft arbeitender Menschen, anständiger Menschen. Der junge Mann dagegen wurde schon unter dem Joch des Drogenhandels geboren, er kennt keine andere Realität. Für diese Leute wird es ein Schock.« (A)

Seine missionarische Haltung offenbarte sich beispielhaft am Umgang mit den Funkpartys. Auf meinen Hinweis, deren pauschales Verbot habe mehrere Hun-

dert Familien um ihre ökonomische Existenz gebracht und werde als ungerecht empfunden, antwortete er:

»Nur mit der Idee, Betäubungsmittel zu konsumieren, Crack, Marihuana, Kokain, sind die Leute zum *baile* in den ›Mandelas‹ gekommen anstatt zu einer normalen Tanzveranstaltung zu gehen. Ja, wir sehen heute einen Rückgang des Geldumlaufs innerhalb der Gemeinschaft, [...] aber es ist eine Abwägung zwischen dem Verlust dieser Art von Geld mit unserer Fähigkeit, unsere Kinder und Enkel vor Betäubungsmitteln zu schützen.« (A)

Da ihm bekannt war, dass der *tráfico* angesichts der UPP gar nicht mehr in der Lage gewesen wäre, die Partys zu organisieren, sprach er dem Funk eine legitime kulturelle Bedeutung ab. Pauschal koppelte er ihn an Drogenkriminalität und verurteilte ihn als unmoralisch und gemeinschaftsschädlich.

Als dem Drogenchef nachfolgender Herrscher über die ›Mandelas‹ fühlte sich dieser Kommandant neben der Durchsetzung von Recht und Ordnung dafür verantwortlich, die Favela-Bevölkerung umzuerziehen und ihre vermeintliche Kultur der Illegalität zu transformieren. Beides erachtete er als notwendig, um ihre historische Ausgrenzung aus der offiziellen Stadt zu überwinden. Die pauschalen Verbote und Gängelungen, mit denen er in ihren Lebenswandel intervenierte, verfolgten so aus seiner Sicht ein wohlmeinendes Ziel.

Immerhin stellte er den Anspruch eines Wertewandels auch an seine Truppe: »Indem wir der Bewohnerschaft Respekt entgegenbringen, sind wir es wert, respektiert zu werden, indem wir ihr zeigen, dass die Militärpolizei vor allem dazu da ist, sie zu schützen, für sie die Gesetze durchzusetzen.« (A) In Gesprächen mit jungen und eigens für die ›Befriedung‹ ausgebildeten Uniformierten vor Ort erfuhr ich, dass viele bereits vom »schwierigen Verhältnis« zur Bewohnerschaft frustriert waren. »Viele Leute denken«, so erzählte einer von ihnen, »dass wir eine Polizeidiktatur sind, aber das stimmt nicht«. Andere UPP-Kräfte hingegen, so gab der Befehlshaber zu, missbrauchten im alten Stil ihre Macht gegenüber der lokalen Bevölkerung und gefährdeten damit die Reputation seiner Truppe.

Der Kommandant kam seiner gefühlten Verantwortung für die *comunidade* nach, indem er Aktivitäten des lokalen Regierens übernahm, für die er offiziell nicht zuständig war. »Vieles von dem, was wir machen, entspricht nicht unseren Aufgaben, aber wenn wir auf diesem Territorium sind und die Schwierigkeiten der Bewohnerschaft erleben, hindert uns nichts daran, etwas zu tun. Meine Funktion als Kommandant der UPP öffnet mir die Türen zu vielen Organen, die Verbesserungen anbieten wollen.« (A) Kaum anders als traditionelle Vorsitzende der Ortsvereine, die allerdings weder von außen installiert waren noch eine schwerbewaffnete Polizeiarmee befehligten, definierte er seine Rolle als Mediator zwischen Bewohnerschaft, Behörden und Unternehmen. Beharrlich versuche er, Investitionen in die Mandela-Areale zu holen und Partnerschaften zu gründen.

»Ich finde in der Regierung Unterstützung, um Verbesserungen herbeizuführen. Natürlich haben auch die Bewohnerschaftsvereine eine aktive Stimme im Plädoyer für die Gemeinschaft, aber das tun wir auch.« (A)

Letztlich reproduzierte dieser Kommandant die bürgerliche Repräsentation der Favela als einen zivilisationsfernen, durch eine ›Kultur der Armut‹ gezeichneten Ort, dessen Bevölkerung eines autoritären Erziehungsmodells bedürfe, um als legitimer Teil der Stadt gelten zu können. Seit dem frühen 20. Jahrhundert strebte die wohlmeinende Variante dieses Erziehungsmodells eine paternalistische Integration der Favela-Bevölkerung in die bürgerliche Stadt an, die nicht auf soziale Rechte, sondern auf Umerziehung und staatliche Kontrolle gründete. Wie die Agenda ihres Kommandanten in den Mandela-Gemeinden zeigt, lebte diese disziplinäre Strategie der Assimilation in Form der UPP fort.

Der Kommandant der anderen Manguinhos-Gemeinden entbehrte dieses missionarischen Eifers. Sein eher technokratisches Job-Verständnis kam ohne moralische Aufladung aus und verblieb innerhalb einer polizeilichen Logik. B verwehrt sich der ihm angeblich vom öffentlichen Diskurs und von vielen Ortsanässigen angetragenen Rolle eines »Generaldirektors« der ihm unterstellten Gemeinden. »Es ist nicht vorgesehen, dass der Kommandeur einer Einheit der Militärpolizei zum Verwalter der Gemeinschaft wird. Wir können nicht auf alles eine Antwort geben, wirklich, nein. Unsere Handlungsbefugnis beschränkt sich auf die öffentliche Sicherheit.« (B) Die in der Bevölkerung formulierte Erwartung, für alle Probleme zuständig zu sein, »ist eine falsche Auffassung, die wir zu ändern versuchen, weil wir so ein Ziel für das Frustrationsgefühl der Bewohnerschaft wären, die Lösungen für eine Reihe von Problemen sucht.« (B) Sie tendiere zu einer solchen Sichtweise, weil der Militärpolizist der einzige Repräsentant des Staates sei,

»den sie hier jeden Tag sieht. Und da er bewaffnet ist, ersetzt er in der Vorstellung des Bewohners [sic!] die Figur des *traficante*, der hier das Sagen hatte, der das Problem löste. Kurz gesagt, sie tauschen dieses Bild des Drogenbosses gegen das Bild des Polizisten aus und erwarten das Gleiche vom ihm. Dass er endgültig entscheidet, urteilt, verurteilt, freispricht, beschließt. Das ist aber nicht das, was das Verhalten der Polizei kennzeichnet. Was uns leitet, ist das Gesetz, richtig?« (B)

Meine eigenen Beobachtungen stützen diese Deutung lediglich für marginalisierte Gruppen, deren soziale und materielle Existenz an die Ordnung des *tráfico* und dessen Offenheit für ihre Bedürfnisse gekoppelt war. Die Pauschalisierung des Kommandanten reproduziert dagegen das traditionelle Stigma, das die Favela als Ort einer homogenen, von Zuwendungen der Drogengang abhängigen Gemeinschaft konstruiert.

B verneinte seine Zuständigkeit für Soziales, deutete die UPP aber als Garanten einer Ordnung, die es den durch PAC installierten sozialen Institutionen erst ermöglicht habe, ihre Arbeit aufzunehmen. »Wegen der Herrschaft des Ge-

waltverbrechens beendeten öffentliche Organe oder private Initiativen aus Angst, aus Unsicherheit ihr Engagement. Indem wir die Sicherheit wiederhergestellt haben, haben wir es ihnen ermöglicht, ihr Engagement wiederaufzunehmen.« Dieses nüchterne polizeiliche Selbstverständnis erkannte zur klassischen Polizeiarbeit einen »grundlegenden Unterschied eher in der Einstellung [...], der Offenheit der Kommunikation mit anderen Organen, mit der Gemeinschaft selbst« als in den angewandten Instrumenten. Anders als A unterließ B Werturteile über lokale Alltagskulturen. Das frühere Verhältnis zwischen *tráfico* und *associações* kommentierte er so:

»Was die Vereinspräsidenten betrifft, gehe ich davon aus, dass sie früher die Interessen des *tráfico* repräsentiert haben. Aber wie das früher war, interessiert mich ehrlich gesagt nicht sehr. Was mich interessiert, ist ihre Haltung von nun an. Denn wenn wir anfangen, Menschen auszuschließen, die irgendeine Art von Beziehung, Verwandtschaft oder Freundschaft zum Drogenhandel hatten, wären das absurd viele. Und wir müssen in Betracht ziehen, dass die Menschen vorher keine andere Möglichkeit hatten. So konnte ein Präsident eines Bewohnerschaftsvereins früher hier drinnen nicht gegen den Willen des Drogenhändlers vorgehen. [...] Heute ist das anders. Das Verhältnis, das ich zu den Bewohnerschaftsvereinen habe, ist von großer Herzlichkeit und Zusammenarbeit [...]. Soweit ich sehen kann, sorgen sie sich um das Wohlergehen der Leute.«

Wesentlich unterschied sich auch seine Deutung der Baile-Funk-Frage von jener seines Kollegen:

»Zunächst einmal muss ich folgendes klarstellen: Es gibt kein Veranstaltungsverbot und keine Prohibition des Baile Funks, okay? Aber jede Veranstaltung, unabhängig davon, ob es sich um Funk, Gospel oder Forró handelt, muss jetzt, um stattfinden zu dürfen, ein Minimum an Ordnung haben. Wer sie organisiert, muss Verantwortung tragen. Wie war das früher? Da wurde die Funkparty von einer Gruppe, dem lokalen Verein oder den Kriminellen selbst veranstaltet. Der *tráfico* beauftragte ein Sound-Team mit DJs, eine Band wurde engagiert, die Handelstreibenden stellten Zelte auf, um Produkte zu verkaufen, Getränke, Essen und so weiter. Das war die Organisation, niemand sorgte sich darum, ob der Event das Kommen und Gehen von Menschen behindern würde, wie lange die Party dauerte, wie laut der Sound war. [...] Sie mussten sich nicht um die Sicherheit der Öffentlichkeit sorgen.«

Allerdings resultierte aus dieser den Funk nicht stigmatisierenden Position kein anderes Ergebnis als in den Mandela-Arealen: Partys konnten nicht stattfinden, weil auch dieser Kommandant mit der Begründung, es gebe »in der Gemeinde keinen einzigen Ort, dessen Kapazität für eine Veranstaltung dieser Größenordnung kompatibel ist«, seine Genehmigung verweigerte. Gleichwohl ist der diskur-

sive Unterschied zwischen beiden Verbotsbegründungen bedeutsam. Reproduzierte der moralische Diskurs des Mandela-Kommandanten das bürgerliche Stigma gegenüber einer bedeutenden Kultur der Favela, unterließ die sozialtechnische Argumentation seines Kollegen solche Werturteile und hielt Abstand zu einer Um-erziehungsmission. Der Kontrast zwischen den Deutungen des ›Befriedungsprogramms‹ durch ihre beiden Kommandanten in Manguinhos verweist auf dessen hochgradige Ambivalenz. Mit Blick auf die Geschichte staatlicher Interventionen in die Favela kann die UPP daher nicht pauschal, sondern nur bezogen auf ihre sich von Ort zu Ort unterscheidende Praxis bewertet werden. Verblieb der eine Fall hier im bevormundenden Gestus der Assimilationsstrategie, verwies der andere zumindest auf das Potenzial der UPP, die Favela gewaltarm, pragmatisch und mit rechtstaatlichen Mitteln zu befrieden.

Unter dem Diktat der Erziehung: der Ortspräsident als unfreiwilliger Hilfssheriff

Da die ›Befriedungspolizei‹ mit dem Ziel installiert wurde, die seit über zwei Dekaden unangefochtene Territorialherrschaft des *tráfico* zu beenden, wirkte sie maßgeblich auf die lokalen Machtstrukturen ein – dies allerdings weniger eindeutig, als es die vorherrschenden politischen und medialen Stellungnahmen behaupteten.

Der vorab angekündigte Einmarsch des Militärs hatte alle polizeilich gesuchten und in der Öffentlichkeit bekannten *Comando*-Mitglieder veranlasst, die Favela rechtzeitig zu verlassen. Paulo, der lokale Boss, setzte sich angeblich nach Paraguay ab und gab das Gebiet an den damals klandestin in einer Favela in Rios Westen lebenden *dono* zurück, der schließlich anderthalb Jahre nach der Installation der UPP in Paraguay verhaftet wurde. Paulos Stellvertreter wiederum wurde kurz nach seiner Flucht von Polizeikräften erschossen. Damit war die bewaffnete Territorialherrschaft des *Comando Vermelho* im Complexo de Manguinhos bis auf Weiteres beendet.

Gleichwohl war der *tráfico* weiterhin in der Lage, dort seine Regeln und Verbote durchzusetzen. »O *tráfico* ainda manda«, der *tráfico* befiehlt noch immer, hieß es entsprechend vor Ort. Bei größeren Problemen wandten sich die in ihn Verwickelten sowie die lokalen Präsident:innen direkt an den *dono*. Denn dieser hatte vor Ort keinen für die Belange der Favela zuständigen Stellvertreter mehr eingesetzt. Selbst langjährige Bewohner:innen waren nicht mehr in der Lage, einen Geschäftsführer des lokalen Drogenhandels eindeutig zu identifizieren, sondern mutmaßten über einige Jugendliche, die ihn übernommen hätten. Der Umsatz war offensichtlich stark eingebrochen und schien überwiegend aus Gras rauchenden oder koksenden Ortsansässigen generiert zu werden.

Die Rolle der ›politischen Repräsentation‹ des *tráfico* hatte in Dona R. allerdings sehr wohl eine Nachfolgerin gefunden. Ihre Nichte hatte Vanessa als Präsidentin

abgelöst, ihre Söhne hielten weiterhin maßgebliche Funktionen im *comando* und erste Enkel waren in den Drogenhandel eingestiegen. X hingegen saß im Gefängnis ein, die früher von ihm beherrschten Vereine hatten andere Präsidenten übernommen. Aus Sicht der Communitys besaßen drei der vier neuen Vorsitzenden keinerlei Legitimation. Lediglich einer von ihnen war von Vereinsmitgliedern gewählt, Vanessas Nachfolgerin dagegen von Dona R. eingesetzt worden. Die beiden anderen hatten sich, gestützt auf den *dono*, selbst in das Amt gehievt. Einer der Nachfolger von X war nicht einmal offiziell registriert und besaß daher kein legales Mandat.

Zumindest die drei nicht gewählten Vereinsvorsitzenden galten als korrupte Mafia, die sich am weiter florierenden illegalen Handel mit PAC-Wohnungen bereicherten. Profitabel war nun der Aufkauf von Apartments, deren Bewohner:innen die Bewirtschaftungskosten nicht mehr aufbringen konnten. Da der Verkauf der Wohnungen illegal war, konnten sie eingeschüchtert und dazu gedrängt werden, sie zu minimalen Entschädigungen an die Vereinsvorsitzenden abzutreten, die sie für das Mehrfache weiterverkauften. Paulo, der alte Chef des *tráfico*, so die einhellige Meinung in den ›Mandelas‹, hätte eine derart hemmungslose Ausplünderung der Bewohnerschaft nicht zugelassen.

Jenseits des *tráfico* stellte sich bezogen auf das lokale Machtgefüge die Frage, welche Beziehung die Vereinsvorsitzenden zum Kommandanten der UPP als dem neuen De-facto-Herrscher über ihr Territorium hatten. Einen Eindruck davon vermittelte das Interview mit dem einzigen Präsidenten, der in den Mandela-Gemeinden gewählt worden war und bei den Ortsansässigen daher als legitim galt.

Im Widerspruch zum offiziellen *branding* der ›befriedenden‹ Polizeieinheit als »community policing« hatten demnach weder die Verantwortlichen aus der Politik noch die Polizeikommandanten Kontakt zu den Vereinsvorsitzenden der besetzten Favelas aufgenommen. »Wir mussten zu ihnen gehen, weil wir etwas machen wollten, was jetzt plötzlich genehmigt werden musste«, so umschrieb Präsident C. (Interview 2014) die von Beginn an hierarchische und autoritär gesteuerte Beziehung zwischen UPP und *comunidade*. Mehrfach erregte er sich im Gespräch darüber, dass der Kommandant die Bewohner:innen wie Kinder behandle und vermeintliche Verfehlungen mit einer Kollektivstrafe für die ganze Gemeinde sanktioniere:

»Er ist der Chef! Wir müssen bei ihm alles beantragen, ihn um alles bitten. [...] Ich denke, unsere Rolle müsste es sein, ihn zu informieren, genauso wie früher. Jetzt hängt es aber von ihm ab, ob er uns etwas tun lässt oder nicht. Jetzt bitten wir ihn, das ist das, was passiert, wir unterwerfen uns ihm. [...] Für alles müssen wir Papa fragen. Dürfen wir, Papa? Dann gesteht er es uns erstmal zu.« (Ebd.)

C. führte dies am Beispiel von geselligen Zusammenkünften und samstäglichen Tanzpartys aus, die im Musikstil des Pagodes im Gegensatz zum verbotenen Funk zwar erlaubt waren, aber vom UPP-Kommandanten genehmigt werden mussten.

»Wenn aber in der *comunidade* am Montag oder Dienstag vor dem Wochenende irgendetwas passiert, ein Streit, jemand kifft oder kauft Drogen, werden für den Samstag alle Feiern verboten. [...] Er muss zeigen, wer das Sagen hat oder so. Wir werden immer genötigt, ›Hören Sie, das können Sie nicht tun, sonst kriegen Sie den Tanz nicht! Hör zu, tu das oder du gefährdest den Abschlussball! Tue es nicht, oder die Veranstaltung wird es nicht geben, den Pagode wird es nicht geben!‹ So sieht es aus. Er versucht uns für etwas zu bestrafen, das damit nichts zu tun hat, aber für ihn ist das genug, um alle zu treffen. Er will alle in ihre Schranken weisen, das ob ..., verdammt noch mal, wie eine Tante irgendeinen Schüler!« (Ebd.)

Die Ursache für diese Behandlung sah C. darin, »dass sie jeden für einen Banditen halten. Wenn jemand etwas falsch macht, wenn jemand daneben ist, denkt er, dass alle falsch und daneben sind.« (Ebd.) Obwohl er als Präsident »kämpfe, rede und rede«, glaubten die Leute, er unterwerfe sich den Anweisungen des Kommandanten ohne für die *comunidade* einzustehen«. (Ebd.)

»Die Leute verstehen das nicht, sind sauer auf mich [...]. Jetzt waren für Freitag, Samstag und Sonntag Veranstaltungen vorgesehen, eine Juni-Party [i.O. *feira junina*, SL]! Sie wollen ihr typisches Essen verkaufen, sie müssen ihre Soda, ihr Bier verkaufen! Nur was passiert? Scheiße! Und wir wollen angeblich die Leute nicht verkaufen lassen? Mann! [...] Aber sie brauchen ihren Gewinn, sie können keine Rechnungen zahlen, wenn sie diese Rendite nicht bekommen!« (Ebd.)

Auf der anderen Seite überließ es der Kommandant der *associação*, die ordnungsgemäße Durchführung der Freizeitevents zu überwachen, eine Funktion, die früher der *tráfico* übernommen hatte. Auf diese Weise instrumentalisierte er den Präsidenten zu einer Art Hilfssheriff, was bei der Bewohnerschaft nicht gut ankam:

»Zum Beispiel, wir machen eine Veranstaltung. Gibt es den *tráfico* noch? Nein! Die Polizei ist jetzt da, also ist sie für Ordnung zuständig! Der Kommandant tritt diese Verantwortung aber an uns ab. Und danach höre ich: ›Oh, C., aber da haben Sie es! Meine Polizisten haben mir gesagt, es gab Leute, die gekiffert haben, es gab Leute, die *loló* [ein illegales Betäubungsmittel, SL] geschnüffelt haben!« (Ebd.)

Mit solchen individuellen Vergehen, so C., legitimierte der Kommandant dann später das Verbot anderer Events. Während er als absoluter Herrscher für die Bewohnerschaft weithin unsichtbar war, blieb es dem Präsidenten überlassen, schlechte Botschaften zu überbringen und Akte der Demütigung und Disziplinierung, die für Ärmere zudem existenzgefährdend waren, in der Gemeinde durchzusetzen. Auf diese Weise spiegelte der Kommandant das autoritäre und willkürliche Herrschaftsmodell seines Vorgängers. Anders als der Statthalter des *Comando Vermelho* ignorierte er aber aus Sicht der Bewohnerschaft ihre Würde und existenziellen

Bedürfnisse und brach so den auf der Gegenseitigkeit von Rechten und Pflichten beruhenden Kodex der Favela.

Ein Abgleich mit dem Diskurs des Kommandanten lässt die Erfahrung des Präsidenten sowie der lokalen Bevölkerung mit der UPP als logische Kehrseite einer paternalistischen Erziehungsmission erscheinen. Die kollektiven Strafaktionen, die geforderte Unterwerfung unter die Normen der UPP oder das Verbot des Baile Funks, die C. als nahezu sadistische Rituale wahrnahm, folgten aus Sicht des Befehlshabers seinen der Gemeinde zugewandten Überzeugungen. Ihre jahrzehntelange Exklusion aus der urbanen Gesellschaft, so reproduzierte er den bürgerlichen Diskurs gegenüber der Favela, könne demnach nur ein Ende finden, wenn es gelänge, die Bewohner:innen zu Werten und Normen der bürgerlichen Gesellschaft zu erziehen und die durch Arbeit, Bescheidenheit und Familie geprägte soziale Ordnung ihrer traditionellen Gemeinschaften wieder aufleben zu lassen. Das Programm der ›Befriedung‹ diente dieser paternalistischen Umerziehungsmission als Instrumentarium und reihte sich so in das autoritäre und bevormundende Regime der Assimilationsstrategie ein, das das staatliche Regieren der Favela über viele Jahrzehnte hinweg charakterisiert hat.

6.5 Postskriptum: ein aufgegebenen Traum?

Der Niedergang der UPP begann 2015. Als meine Beobachtungen in den ›Mandelas‹ endeten, symbolisierten erste Schussgefechte mit den stationierten Trupps die wieder erstarkende Macht der Drogengang. Nach 2016 läutete die Landesregierung das allmähliche Ende der Befriedungsstrategie in Rio ein und begann die UPP-Trupps aus den Favelas abziehen oder aufzulösen und in die reguläre Militärpolizei zu integrieren (siehe dazu Kap. 3.4). Ihre langjährigen Erfahrungen mit den Staatsapparaten hatte die Bewohnerschaft die Situation entgegen aller öffentlichen Versprechen richtig einschätzen lassen – eine Kompetenz, die sich für ihre Möglichkeit, weiter in der Favela leben und überleben zu können, als existenziell erwies. Denn sie führte dazu, dass sie das Verbot, mit der UPP zu kollaborieren, das der klandestin weiterhin herrschende *tráfico* ausgesprochen hatte, befolgte und so nach Abzug der Polizei nicht um ihr Leben fürchten musste. Diesen Prozess konnte ich allerdings nicht mehr empirisch begleiten und analysieren.

Mit »ein aufgegebenen Traum« betitelte die Tageszeitung *Jornal do Brasil* im April 2018 eine Reportage über Manguinhos. Sie verglich die Versprechungen beim Start von PAC im Jahr 2008 mit der vorgefundenen Situation zehn Jahre später und fand zahlreiche nie fertig gestellte, schon wieder verlassene oder in ihrer Funktionalität eingeschränkte »öffentliche Einrichtungen, Kioske und Freizeitanlagen. Hinzu kommt, dass es Hunderte von obdachlosen Familien gibt und Hunderte weitere, die sich in einer Situation der Vulnerabilität befinden.« (Lima 2018: 24) Das

von PAC errichtete Gymnasium war mit bis zu 50 Schüler:innen pro Klasse gnadenlos überlastet, ebenso wie der anstelle einer Klinik eröffnete Gesundheitsposten, in der Ortsansässigen zufolge oft nicht einmal ein Arzt auftauchte. Das Areal unter der aufgestellten Hochbahntrasse fungierte »als Obdachlosenlager, als aufkeimendes Crack-Land und als Gebiet, in dem unter unsicheren und unhygienischen Bedingungen ein reger Drogenhandel betrieben wird« (Rekow 2016: 17). Der Eintritt in das Schwimmbad schließlich, dessen Bau Brasiliens damaliger Präsident Lula da Silva persönlich angewiesen hatte, nachdem das kontaminierte Wasser des Kanals einen darin badenden Jugendlichen vergiftet hatte, wurde der Bewohnerschaft durch Polizeipatrouillen verwehrt, »weil sie nach Angaben des Bildungsministeriums den Ort »zertrümmere«« (ebd.). Die Kinder badeten daher wie eh und je in den abwasserverseuchten Kanälen, das Schwimmbad lag brach.

Lea Rewow sieht darin zu Recht »ein Paradebeispiel für die Kluft zwischen politischer Rhetorik und der Erbringung von [öffentlichen] Diensten« (ebd.) – einer Kluft allerdings, die nicht nur das PAC-Vorhaben oder das gescheiterte UPP-Programm prägt, sondern seit vielen Dekaden generell die Beziehungen zwischen Staat und Favela charakterisiert. Bei beiden staatlichen Interventionsprogrammen, so zeigt meine Untersuchung im *Complexo de Mangueiros*, liegt diese Kluft in einem fundamentalen Widerspruch zwischen ihren bürgerrechtlichen Versprechungen und ihrer autoritären Faktizität. Beide verhießen, die jahrzehntelange Vorherrschaft souveräner und disziplinärer Machttypen zu brechen und durch gouvernementale Formen des Regierens zu ersetzen. Allerdings gründeten sie auf einer Konzeption der Favela als Peripherie, deren »negative Potenzialität« (Simone 2007: 462) das Zentrum mithilfe eines »Übermaßes an Aufmerksamkeit« und einer Erfindung neuer staatlicher Machttechnologien unter Kontrolle bekommen wollte. Deren Umsetzung offenbarte hinter dem Antlitz des Neuen denn auch das altbekannte Changieren zwischen einer disziplinären Machtstrategie der Assimilation und einer souveränen der Aussonderung. Letztere beruft sich auf den Status des Ausnahmezustands, der sich in der Wiederkehr der militarisierten und mörderischen Formen staatlicher Gewaltanwendung jenseits der bestehenden Rechtsordnung ausdrückt.

Eingeklemmt zwischen diesen staatlichen Machttechnologien auf der einen und der souveränen Territorialherrschaft der Drogengang auf der anderen Seite ist die Bewohnerschaft wie eh und je auf die informellen Grauzonen der klientelistischen Deals und klammheimlichen Mikropraktiken angewiesen. Deren essentielle Infrastrukturen hat die modernistische Entwicklungsagenda der staatlichen Eingriffe aber massiv beschädigt. Zugleich hat ihr autoritärer, irregulärer und korrupter Charakter die zu Beginn der 2000er Jahre mit den lokalen Foren *Acorda Mangueiros* und *Fórum Social de Mangueiros* aufkeimende »Politik der Rechte« zerstört, deren basisdemokratischer Ansatz die klientelistischen Deals der tra-

ditionellen »Politik im Verborgenen« zu konfrontieren begonnen hatte (vgl. Kap. 1.2 und Kap. 5.3).

Der in den Versprechungen der staatlichen Megainterventionen verkörperte »Traum« eines vollständig urbanisierten und mit vollen Bürgerrechten ausgestatteten *Complexo de Manguinhos*, auf den der Artikel des *Jornal do Brasil* referiert, wurde so nicht »aufgegeben«, sondern erwies sich als von Beginn an interessensgeleitete Konstruktion eines Zerrbildes. Ein ganzes Bündel von staatlichen, privatwirtschaftlichen, gangkriminellen und offiziell die Bewohnerschaft repräsentierenden Akteuren unterwanderte und sabotierte mit ebenso irregulären wie illegalen Mitteln zudem dessen geplante Umsetzung. Das komplette Scheitern der vom PAC-Masterplaner Jorge Jauregui versprochenen Transformation des *Complexo de Manguinhos* in »eine formelle Stadt« (zit. in Freire/Souza 2010: 41) bekräftigte so nicht zuletzt die These von Ananya Roy (2009a: 84), wonach das Formelle und Legale eher eine Fiktion als die Normalität darstellen, wenn staatliche Apparate selbst als »informalisierte Instanzen« agieren.

Dabei muss jeder Versuch scheitern, diese Prozesse zu ›dichotomisieren‹ – also etwa in böser Staat versus unschuldige Bewohnerschaft, organisierte Kriminelle versus dem Recht treu Ergebene oder ähnliches aufzuspalten. Vielmehr lassen sich mit Blick auf alle im Gefüge der Favela agierenden Akteure und Praktiken ebenso vielfältige wie vieldeutige Verschachtelungen, Verstrickungen und Überschneidungen, Brüche und Risse, Versammlungen, Zerstreuungen und »Deterritorialisierungslinien« (Deleuze/Guattari 1992: 699) identifizieren. Ihre Gesamtheit, um Colin McFarlane (2011: 653) zu zitieren, besteht in ihrer »Co-Funktionalität: Es ist eine Symbiose«.

